



Landkreistag

KOMPAKT

MITTEILUNGEN DES BAYERISCHEN LANDKREISTAGS

Ausgabe Nr. 1/2012

Aus dem Inhalt:

Breitbandversorgung an Schulen stärken

„Engagement braucht Partizipation“ – Fachtagung Bürgerschaftliches Engagement älterer Menschen in den Landkreisen

Kommunale Spitzenverbände zum Integrationsgipfel

Bayerischer Landkreistag
Kardinal-Döpfner-Straße 8
80333 München

Telefon:
+49 (0) 89/286615-0
Telefax:
+49 (0) 89/282821
info@bay-landkreistag.de
www.bay-landkreistag.de

Aktuell

Dr. Kreidl: Breitbandversorgung an Schulen stärken

Auf der Pressekonferenz am 8. Mai 2012 in München gab Landkreistagspräsident Dr. Jakob Kreidl eine erste Vorschau auf die öffentliche Jahresversammlung des Bayerischen Landkreistags am 14. und 15. Mai in Sonthofen/Landkreis Oberallgäu zum Thema „Zukunftschancen für die Landkreise“. Schwerpunkte werden neben dem Ärztemangel und der Bildungspolitik die landesweite Breitbandversorgung und die Mobilitätsförderung im ländlichen Raum sein.

Digitales Lernen: Schulen im Breitbandförderprogramm nicht berücksichtigt.

Ein zentrales Thema der Jahresversammlung wird die Breitbandversorgung sein. Auf der Pressekonferenz begrüßte Dr. Kreidl das neue Breitbandförderprogramm der Bayerischen Staatsregierung, das für ganz Bayern aufgesetzt wurde und „nicht nur für Randgebiete“ gilt. Es soll bis 31.12.2017 laufen. Kritisch merkte Dr. Kreidl aber an, dass die Förderung zu wenig Bildungseinrichtungen berücksichtigt. Hier seien „noch Nachbesserungen notwendig“, so Dr. Kreidl. Es setzt immer mehr eine „Digitalisierung in den Schulen“ ein. „Die Anbindung von Behörden und Schulen an leistungsfähige Datennetze muss auch eines der zentralen Ziele eines staatlichen Förderprogramms sein, da ansonsten staatliche Projekte wie ein „Digitales Bildungsnetz Bayern“ oder Rechenzentrumslösungen in der öffentlichen Verwaltung aufgrund fehlender Bandbreiten nicht umsetzbar sind.“



Mobilitätsförderung: Pendlerpauschale muss auf 40 Cent pro Kilometer erhöht werden

Da gegenwärtig die Steuereinnahmen stark steigen und die Belastungen für Pendler extrem hoch sind, soll die Pendlerpauschale nach Dr. Kreidl auf 40 Cent pro Kilometer erhöht werden. Mit der Entfernungspauschale werden die Aufwendungen für Fahrten zwischen Wohnung und regelmäßiger Arbeitsstätte pauschalisiert. Durch zu hohe Kosten für Pendler „könnte es zu einer Landflucht kommen“, so Dr. Kreidl. Das muss unbedingt durch Mobilitäts- und Strukturhilfen verhindert werden. Hier erwartet sich der Bayerische Landkreistag eine Hilfe vom Bund.

Kreisverwaltungen sollen kundenfreundlicher werden Bürgerbefragungen in acht bayerischen Landkreisen

In den Monaten Februar und März 2012 führten die acht bayerischen Landkreise Aschaffenburg, Bad Kissingen, Bad Tölz-Wolfratshausen, Donau-Ries, Fürth, München, Neustadt a. d. Waldnaab und Starnberg umfangreiche Bürgerbefragungen durch.

Ihren Ausgangspunkt nahmen diese Befragungen vor mehr als 10 Jahren im Rahmen des Pilotprojekts „Verwaltungsreform“ des Bayerischen Landkreistags. Zum Zweck der Modernisierung der Kreisverwaltungen haben sich innovative Landkreise

im Bayerischen Innovationsring zusammengeschlossen und neben anderen Maßnahmen eine Bürger-/Kundenbefragung konzipiert. „Eine Vielzahl von Behörden, Bezirksregierungen wie auch Landkreise in Bayern und in Hessen haben diese erfolgreiche Initiative mittlerweile aufgegriffen“, so der Leiter des Bayerischen Innovationsrings Landrat Roland Schwing, Miltenberg.

Die letzte Bürgerbefragung wurde im Jahr 2010 mit zwölf bayerischen Landkreisen durchgeführt. Da aus

den Ergebnissen eine Vielzahl wertvoller Handlungsempfehlungen abgeleitet und umgesetzt werden konnte, fand die Befragung in diesem Jahr in weiteren acht Landkreisen statt.

„Diese Befragung passt bestens in unser Konzept: Die Landratsämter wollten und wollen sich auch weiterhin stärker an den Bedürfnissen der Bürger orientieren“, kommentierte der Präsident des Bayerischen Landkreistags Landrat Dr. Jakob Kreidl, Miesbach, die Umfrage und bat die Bürger um rege Beteiligung.

Die Befragung umfasst die Themenkomplexe, die in der Bevölkerung zu Zufriedenheit oder Unzufriedenheit führen. Dabei geht es zum einen um den fachlichen und persönlichen Eindruck, den die Bürger vom Personal der Landratsämter haben. Ein zweiter Schwerpunkt betrifft alle relevanten infrastrukturellen und organisatorischen Aspekte – angefangen beim Parkplatzangebot und den

Öffnungszeiten bis hin zur Zufriedenheit der Bürger mit der Bearbeitung von Anfragen und Anträgen.

Die GfK in Nürnberg, das größte deutsche Marktforschungsinstitut, wurde erneut beauftragt, für die acht Landkreise jeweils 400 telefonische Interviews mit zufällig ausgewählten Personen zu führen. Die Stichprobe ist ausreichend, um differenzierte Aussagen über die Meinung der Bürger über das für sie zuständige Landratsamt und die publikumswirksamen Sachgebiete zu ermöglichen.

Bis zum Mai hat die GfK alle Interviews analysiert und kann jedem der teilnehmenden Landkreise ein genaues Zeugnis seiner Stärken und Schwächen ausstellen. Zudem wird sie für die Landratsämter Empfehlungen erarbeiten, mit welchen Maßnahmen diese ihre Bürger in Zukunft stärker zufrieden stellen können.

Ländlicher Raum

DLT und Landkreise auf der IGW 2012

Auf der diesjährigen Internationalen Grünen Woche (IGW) haben sich erneut Landkreise unter dem Dach des Deutschen Landkreistags präsentiert.

Mittlerweile zählt der alljährliche Auftritt bei der Internationalen Grünen Woche zum festen Veranstaltungskanon des Deutschen Landkreistags. Für die Landkreise stellt dies eine kostengünstige und organisatorisch vergleichsweise leicht umsetzbare Möglichkeit dar, sich auf einer der weltgrößten Publikumsmessen zu präsentieren. Andererseits ist es dem Deutschen Landkreistag auf diese Weise auch möglich, das Thema der Entwicklung ländlicher Räume im politischen Berlin regelmäßig und dauerhaft in Bewegung zu halten.

Es war wieder ein gelungener Auftritt, es beteiligten sich viele Landkreise mit ihren Initiativen, Produkten und Konzepten. Der Deutsche Landkreistag konnte mit seinem Engagement veranschaulichen, was ländliches Leben heutzutage bedeutet und ausmacht. Und auch in diesem Jahr stattete wieder eine Reihe von Bundes- und Landesministern dem Stand einen Besuch ab und

führte politische Gespräche, darunter u. a. Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer, Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich und Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner.

Darüber hinaus wurde eine Reihe von Fachveranstaltungen, gemeinsam mit anderen Akteuren, Verbänden und Institutionen der ländlichen Entwicklung angeboten. So wurden über Diskussionsrunden zu Breitbandversorgung und Tourismusförderung hinaus die Themen demografischer Wandel, ländliche Entwicklungspolitik und Fachkräftesicherung im ländlichen Raum Gegenstand jeweils eigenständiger Fachveranstaltungen im Rahmen des Zukunftsforums Ländliche Entwicklung des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.

Die Hauptgeschäftsstelle beabsichtigt, die IGW-Präsenz fortzuführen und sich während der nächsten Grünen Woche vom 18. bis 27.1.2013 zu beteiligen. (DLT)

Bürgerschaftliches Engagement

„Engagement braucht Partizipation“ – Fachtagung Bürgerschaftliches Engagement älterer Menschen in den Landkreisen

Das bürgerschaftliche Engagement älterer Menschen ist eine wichtige Ressource für die Zukunftsfähigkeit der Landkreise. Während der Tagung „Engagement braucht Partizipation“ diskutierten 40 Teilnehmer aus den bayerischen Landkreisen im Landratsamt München die Perspektiven der Förderung der Partizipation und des Engagements älterer Menschen.

Die Fachtagung griff ein hochaktuelles Thema aus dem Bereich des bürgerschaftlichen Engagements auf. Der freiwillige Einsatz von Bürgerinnen und Bürgern erfährt nicht nur eine hohe Wertschätzung, manche soziale Leistungen sind ohne dieses Engagement gar nicht mehr zu gewährleisten. In das Thema führte Bernhard Eder, Referent bei dem Bildungsinstitut kifas gemeinnützige GmbH Waldmünchen, mit seinem Vortrag „Bürgerschaftliches Engagement älterer Menschen in den Landkreisen – zwischen Gratisbürger und Aktivbürger“ ein. In den anschließenden parallelen Workshops wurden unter dem Motto „Aus der Praxis für die Praxis“ nachahmenswerte Projekte aus Gemeinden und Landkreisen vorgestellt. In der Abschlussdiskussion hatten die Teilnehmer Gelegenheit, mit Dr. Klaus Schulenburg, Bayerischer Landkreistag, Hartmut Stiller, Landratsamt Kitzingen, Hans Heidötting, Vorsitzender des Seniorenrats der Stadt Fürth, und Bernhard Eder über „Entwicklungschancen und Anforderungen an die Engagementförderung in den Landkreisen“ zu diskutieren.

Dr. Klaus Schulenburg wies in seinem einführenden Statement darauf hin, dass das Thema den Landkreisen wichtig sei. Wie viel Partizipation ist nötig? Hier gelte es, unklare Begriffe genau zu definieren. Engagement brauche Partizipation, deren Voraussetzung wiederum das vielfältige bürgerschaftliche Engagement sei. Die seniorenpolitischen Gesamtkonzepte, die in den Landkreisen und in den kreisfreien Städten erstellt werden, bieten einen wichtigen Rahmen für das bürgerschaftliche Engagement und für die Bürgerbeteiligung älterer Menschen.

Die Landrätin des Landkreises München Johanna Rumschöttel betonte in ihrem Grußwort, wie wichtig der freiwillige Einsatz von Seniorinnen und Senioren ist: „Das Engagement älterer Menschen ist unverzichtbar.“ Trotz des grundlegenden Prinzips „ambulant vor stationär“ bei der Wohnraumversorgung älterer Menschen gebe es einen hohen Bedarf an stationären Einrichtungen. Ehrenamtliches Engagement älterer Menschen sei in beiden Fällen gefordert und wichtig.

Bernhard Eder plädierte für ein Mehr an politischer Partizipation älterer Menschen in den Kommunen jenseits der Parteien. Die Problemlösungskompetenz

von Kommunen könne angesichts einer immer komplexeren politischen Gemengelage durch eine systematische und nachhaltige Einbeziehung der Kompetenzen (älterer) Bürgerinnen und Bürger gesteigert werden. Hierzu gebe es bewährte Verfahren der institutionellen Partizipation, sei es als Seniorenvertretungen, als Planungszellen oder ähnlichen Formen der Bürgerbeteiligung. Dabei gehe es keineswegs darum, den gewählten Entscheidungsträgern Macht wegzunehmen. Im Rahmen des repräsentativen demokratischen Systems blieben sie die entscheidenden politischen Organe. Die Strukturen der repräsentativen Demokratie sollen vielmehr um direkte und kooperative Partizipationsformen ergänzt werden. Diese haben nur eine politikberatende Funktion.



Dr. Klaus Schulenburg, Bayerischer Landkreistag, referiert zum Thema „Bürgerschaftliches Engagement älterer Menschen in den Landkreisen“.

Hartmut Stiller berichtete über die Erfahrungen des Landkreises Kitzingen mit Bürgerforen und empirischen Spaziergängen als Aktionen der Bürgerbeteiligung. Beide Aktionen dienten dazu, den Bedarf an seniorenbefugten Aktivitäten zu ermitteln und Akteure der Zivilgesellschaft zur Mitarbeit anzuregen. Die Bürgerforen wurden vom Landratsamt mit kooperationsbereiten Kommunen durchgeführt. Das Ziel dabei war, pro Veranstaltung ein Projekt auszuwählen, das kurzfristig durchführbar ist.

Richard Baumgartner skizzierte die Entwicklung senienpolitischer Leitlinien im Landkreis Dingolfing-Landau, die als wechselseitiger Planungsprozess durchgeführt wurde. Nach einem Beschluss des Kreistags, ein Leitbild für die Seniorenarbeit zu entwickeln, wurde in einem partizipativen und kreativen Prozess unter aktiver Mitwirkung der Seniorinnen und Senioren ein senienpolitisches Leitbild entwickelt und schließlich durch den Kreistag beschlossen. Im Anschluss daran wurden die Beschlüsse der Leitlinien umgesetzt und vor allem auf örtlicher Ebene Schritte der Umsetzung

des Leitbildes vollzogen.

Hans Heidötting erläuterte die Struktur und Arbeitsweise des Seniorenbeirats der Stadt Fürth und stellte aktuelle und erfolgreich abgeschlossene Projekte vor, u. a. zum Thema „Sicherheit“.

Die Tagung im Landratsamt München wurde vom Bayerischen Landkreistag, von kifas gemeinnützige GmbH Waldmünchen und der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit organisiert.

Ehrenamtliches Engagement in der Seniorenarbeit: „Neues Ehrenamt“ stellt Landkreise und Gemeinden vor vielfältige Herausforderungen

Forschungsprojekt an der Hochschule Würzburg-Schweinfurt untersucht ehrenamtliche Angebote für Seniorinnen und Senioren in Unterfranken

Das Freiwillige Engagement gewinnt für die Kommunen in Bayern immer mehr an Bedeutung. Angesichts des demografischen Wandels stellt sich die Frage, welche Rolle „Ehrenamt“ neben der Unterstützung durch Familien und professionelle Dienste in der kommunalen Seniorenarbeit künftig wahrnehmen wird. Es ist davon auszugehen, dass eine immer größere Zahl von Senioren Unterstützungen im Alltag nachfragen wird. Gleichzeitig sind ein Rückgang der familiären Hilfen sowie eine schwächer werdende Finanzstruktur zu verzeichnen. Im Rahmen der Sozialplanung ist das erfolgreiche Management von Freiwilligen daher eine Zukunftsaufgabe der Landkreise und Gemeinden.

Ein Forschungsprojekt an der Hochschule Würzburg-Schweinfurt untersucht aktuell praxisnah die zentralen Fragen des bürgerschaftlichen Engagements in der Seniorenarbeit. Die vom BMBF¹ geförderte Studie analysiert dazu, bundesweit einmalig, für eine Region kleinräumig systematisch die Struktur der Koordination Freiwilligen Engagements für den Bereich der Seniorenhilfe. Informationen dazu auch unter www.zukunft-ehrenamt.de.

Bürgerschaftliches Engagement – Die Basis der aktiven Zivilgesellschaft

Bürgerschaftliches Engagement ist elementarer Bestandteil einer aktiven Zivilgesellschaft. Über drei Millionen Menschen sind laut dem Freiwilligen survey (vgl. StMAS – Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen 2010) in Bayern ehrenamtlich aktiv, rund jeder zehnte davon engagiert sich im Bereich der Seniorenarbeit in einem

vielfältigen Aufgabenfeld: als Fahrer eines Bürgerbusses in der Rhön, als Vorleser im Seniorenheim, als Teil eines Hilfe-Netzwerks wie „Eine Stunde Zeit füreinander“. Doch in welchen Strukturen findet dieses Engagement statt, wer organisiert, wer kümmert sich? Bei der vorliegenden Untersuchung wurden daher Personen befragt, die haupt- oder ehrenamtlich freiwillig Engagierte in der Seniorenarbeit betreuen. Diese werden folgend als „Koordinatoren“ bezeichnet.



***Prof. Dr. rer.pol. Doris Rosenkranz** ist seit 1998 Professorin für Sozialmanagement an der Hochschule für angewandte Wissenschaften Würzburg-Schweinfurt und leitet das hier vorgestellte BMBF-Projekt. Sie arbeitet und lehrt seit vielen Jahren zum Freiwilligenmanagement und betreute zahlreiche praxisorientierte*

empirische Evaluationsprojekte zum Thema.

Das Forschungsprojekt konnte das Regierungspräsidium und alle Landratsämter im Regierungsbezirk Unterfranken zur Teilnahme gewinnen, das gesamte Spektrum der Wohlfahrtsverbände, die konfessionellen Gemeinden sowie u. a. viele Vereine und Freiwilligengruppen, die Leistungen für Seniorinnen und Senioren anbieten.

Wie groß das Interesse an diesem Thema mittlerweile ist, soll ein Beispiel zeigen: die Befragung aller Bürgermeister und Bürgermeisterinnen des Regierungsbezirks. Die Gemeinden beteiligten sich mit einer wahrhaft beeindruckenden Rücklaufquote von 93 Prozent an der Untersuchung.

¹ Das Forschungsprojekt wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen der Linie „SILQUA-FH – Soziale Innovationen für Lebensqualität im Alter“ für drei Jahre gefördert, siehe auch www.zukunft-ehrenamt.de.

Schiefe Altersstruktur der Freiwilligen in der Seniorenarbeit

Im Bereich der freiwilligen Seniorenarbeit ist die Gewinnung von neuen Freiwilligen entscheidend. Bleibt nämlich die Zahl der in Unterfranken für Senioren engagierten Personen in den nächsten Jahren stabil – ohne einen Zuwachs zu verzeichnen - wird es aufgrund des demografischen Wandels bereits 2015 in den ersten Kommunen zu einem erheblichen Defizit an freiwilliger Unterstützung für Senioren kommen.

Brigitte E. Limbeck, Dipl.-Soz.päd. (FH) ist wissenschaftliche Referentin im BMBF Forschungsprojekt „Freiwilligenmanagement“ an der Hochschule für angewandte Wissenschaften Würzburg-Schweinfurt. Die staatlich anerkannte Erzieherin studierte Soziale Arbeit mit dem Schwerpunkt Sozialmanagement und schloss als Diplom-Sozialpädagogin (FH) ab.



Auch das Engagement und die Koordination der Freiwilligen im Seniorenbereich sind deutlich vom demografischen Wandel geprägt: Zwei Drittel der für Senioren Engagierten sind selbst bereits über 60 Jahre alt. Um den Bedarf an freiwilliger Unterstützung für Seniorinnen und Senioren zukunftssicher zu decken, sollten Kommunen zielgerichtet Bürgerinnen und Bürger zwischen 15 und 40 Jahren über ehrenamtliche Angebote informieren und für ein Engagement begeistern, etwa auch über neue Kooperationsformen mit Schulen und Hochschulen wie „service learning“. Hier spielt auch das sog. „Neue Ehrenamt“ eine Schlüsselrolle: Waren bisher Frauen und Männer lange Jahre und vielfältig engagiert, findet aktuell ein Wandel des Bürgerschaftlichen Engagements statt:

Das subjektive Engagement wird kürzer und weniger verbindlich.

Die Freiwilligen weisen differenzierte Motive, wie „Geselligkeit“ oder „Selbstverwirklichung“ auf.

Daher müssen neue Wertschätzungsmöglichkeiten für das Engagement gefunden werden, statt „Goldener Ehrennadel“ sind nach Zielgruppen differenzierte Anerkennungsformen zu schaffen. Auch die bayerische „Ehrenamtskarte“ ist ein Baustein dieser neuen Kultur der Anerkennung (vgl. StMAS – Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen 2011). Das neue Engagement braucht Infrastruktur & Betreuung – deutlich mehr als bisher auch auf kommunaler und regionaler Ebene (vgl. Enquete-Kommission Bürgerschaftliches Engagement 2002). Um den Bedarf an ehrenamtlicher Unterstützung für Senioren decken zu können, sollten die bayerischen Landkreise diesen Umbruch der Motive und der Anerkennungskultur

bewusst aufgreifen und entsprechende Engagement- und Wertschätzungsmöglichkeiten konzipieren.

Ehrenamt braucht Infrastruktur

Auch das „Neue Ehrenamt“ kommt ohne die kontinuierliche Werbung neuer Engagierter nicht aus. Allerdings zeigt die Studie, dass aktuell fast jeder fünfte Koordinator keine Werbung für das eigene Angebot durchführt. Hier wird ein erhöhter Schulungsbedarf der Koordinatoren deutlich, denn die Ansprache, Gewinnung und Auswahl von Ehrenamtlichen will gelernt sein.

Auch wenn der Großteil der Koordinatoren des ehrenamtlichen Engagements selbst Freiwillige sind: Wollen die (ehrenamtlichen) Koordinatoren, aber auch Landkreise, Gemeinden oder Vereine z. B. Freiwillige für alltagsnahe Dienstleistungen für Senioren gewinnen, muss erst die Infrastruktur dazu geschaffen werden. Dazu empfiehlt das Forschungsteam den Einsatz von geschulten (hauptamtlichen) Ansprechpartnern, welche die Gewinnung, die Betreuung - kurz das sog. „Management“ der Freiwilligen - professionell übernehmen. Eine, in dieser Form bundesweit einmalige Fortbildung dreier bayerischer Hochschulen bietet hier Kompetenzen an: www.hochschul-kooperation-ehrenamt.de.

Vernetzung der Koordinierenden

Werden die Koordinatoren nach ihrer Vernetzung mit anderen (Fach-) Stellen oder Personen gefragt, so wird der Wunsch nach mehr Informationen und nach mehr Austausch deutlich: Nur etwa 40 % geben an, fachlich vernetzt zu sein - hauptamtlich Koordinierende (46 %) dabei etwas mehr als ehrenamtlich Tätige (36 %). Insgesamt zeigt sich ein deutlicher Bedarf an Informationen und Ansprechpartnern, auch auf Ebene der Kommunen. Hier könnten die vorhandenen Strukturen durch z. B. entsprechende Treffen, Internetforen oder Arbeitskreise regional und politisch gefördert und ausgebaut werden.

Erste Ergebnisse sind im Internet zu finden unter www.zukunft-ehrenamt.de.

Fazit:

Die Ergebnisse der wissenschaftlichen Studie machen deutlich: Hauptamtlich und ehrenamtlich Koordinierende erbringen bereits heute für die Seniorenarbeit unentbehrliche Leistungen. Die Organisation dieser Leistungen benötigt Strukturen auf kommunaler und regionaler Ebene. Das Forschungsteam geht davon aus, dass diese Rahmenbedingungen im Rahmen der Sozialplanung im Sinne einer Zukunftsaufgabe auch durch entsprechende Ressourcen zu implementieren sein werden. Insbesondere eine intensivere regionale Vernetzung zur Gewinnung von neuen Ehrenamtlichen in der Seniorenarbeit sowie der Einsatz von professionellen Freiwilligenmanagern sind hier künftig sinnvoll.

Literatur: **Enquete-Kommission** (2002): Bericht. *Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft*. Schriftenreihe Band 4. Opladen: leske + budrich
Rosenkranz, Doris; Limbeck, Brigitte (2011): *Engagement groß, Vernetzung ausbaufähig. Freiwilligenmanagement. SOZIALwirtschaft aktuell. Infodienst für das Management in der Sozialwirtschaft*, 8/2011, 1-3
Rosenkranz, Doris (2011): *Freiwilligenmanagement als strategische Aufgabe des Welfare Mix*. Bayerische Sozialnachrichten, 3/2011, 3-9
Rosenkranz, Doris; Görtler, Edmund; Limbeck, Brigitte (i.V. 2012): *Freiwilligenmanagement als Zukunftsaufgabe. Eine empirische Analyse Bürgerschaftlichen Engagements in der Seniorenarbeit*. Weinheim: Juventa
StMAS – Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen (2010): *Freiwilligensurvey Bayern 2009. Ergebnisse und Trends*. München

Kontakt:

Prof. Dr. Doris Rosenkranz; Brigitte Limbeck, Dipl.-Soz.päd. (FH); BMBF-Projekt „Freiwilligenmanagement“
Hochschule für angewandte Wissenschaften Würzburg-Schweinfurt Münzstr. 12, 97070 Würzburg
doris.rosenkranz@fhws.de; brigitte.limbeck@fhws.de; www.zukunft-ehrenamt.de; www.ehrenamtskarte.bayern.de

Jugend und Soziales

Integrierte Sozialplanung im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen

Hintergrund

Aufgrund gesellschaftlicher Veränderungsprozesse wie bspw. durch den demografischen Wandel, die zunehmende Auflösung familiärer Netzwerkstrukturen, die steigenden Mobilitäts- und Flexibilitätsanforderungen an die Beschäftigten, teilweise nicht planbare (Finanz-) Ereignisse (z. B. international ausgelöste Wirtschaftskrisen) und der Notwendigkeit eines effizienten und effektiven Umgangs mit knappen finanziellen Ressourcen ist eine aussagefähige Sozialberichterstattung heute notwendiger denn je. Denn nur auf der Basis gesicherter und vor allem für den jeweiligen Beobachtungsgegenstand und politischen Entscheidungsraum passender Daten ist es möglich, geeignete sozialpolitische Maßnahmen abzuleiten und deren Erfolg regelmäßig zu überprüfen. Dabei kommt der kommunalen Ebene im Sinne des kommunalen Selbstverwaltungsrechts (vgl. Art. 28 Abs. 2 Sätze 1 und 2 GG) besondere Bedeutung zu. So haben die Gemeinden das Recht, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaften im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Gleichzeitig sind Städte und Gemeinden dazu angehalten, für ausgeglichene soziale, infrastrukturelle, wirtschaftliche, ökologische und kulturelle Verhältnisse Sorge zu tragen (vgl. § 2 Abs. 2 Nr. 1 ROG). Dazu zählt die angemessene Versorgung mit Dienstleistungen und Infrastrukturen, insbesondere die Erreichbarkeit von Einrichtungen und Angeboten der Grundversorgung für alle Bevölkerungsgruppen zur Sicherung von Chancengerechtigkeit in den Teilräumen.

Ziel: Ganzheitliche Betrachtung

Vor diesem Hintergrund beschreibt der Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen einen innovativen Weg hin zu einer Integrierten Sozialplanung um die vorhandenen

sozialen Strukturen zu erfassen, Probleme möglichst rechtzeitig zu erkennen und angemessen und bedarfsgerecht auf kommunale (Finanz-) Situationen und gesellschaftliche Veränderungsprozesse reagieren zu können. Im Zentrum dieses Entwicklungsprozesses steht der Aufbau einer Integrierten Sozialberichterstattung. Ein kommunaler Sozialbericht als fertiges Produkt des Prozesses der Sozialberichterstattung wird einen kompakten, aber zugleich möglichst umfassenden Überblick über die soziale Gesamtsituation im Landkreis und deren voraussichtliche Entwicklung geben. Im Sinne eines kommunalen Monitorings werden die Zusammenhänge zwischen einzelnen sozialen Themenfeldern sichtbar gemacht und gemeinsame Handlungsfelder und Ziele erarbeitet. Diese als Pilotprojekt konzipierte „Integrierte Sozialberichterstattung und -planung“ bietet für die Gemeinde, aber auch für andere Akteure (Landkreis, Bezirk, Wohlfahrtsverbände usw.) eine fundierte Entscheidungsgrundlage für Fortentwicklungen im sozialen Bereich. Die vielfältig eingesetzten Ressourcen und das große Engagement im sozialen Bereich können damit im Landkreis gebündelt, stärker aufeinander abgestimmt und noch effektiver und effizienter eingesetzt werden.

Kooperationsfähigkeit notwendig

Ein solcher umfassender, „integrierender“ Ansatz erfordert ein hohes Maß an Kooperation und Koordination von Akteuren. Voraussetzung für eine langfristig erfolgreiche Sozialberichterstattung und -planung ist daher die gelungene Einführung eines geeigneten Steuerungsprozesses unter Einbeziehung von Politik, der Fachabteilungen der Kommunalverwaltung, der freien Träger sozialer Arbeit, der Wohlfahrtsverbände und anderer relevanter Akteure. Durch die Einrichtung der Stelle eines Sozialplaners kann dieser Prozess unterstützt und

langfristig im Sinne eines professionellen Managements optimiert werden. Der Begriff „integriert“ bezieht sich in der hier geplanten und zu entwickelnden Sozialberichterstattung und -planung jedoch nicht nur auf die Überwindung von Grenzen zwischen unterschiedlichen Fachbereichen bzw. Fachplanungen. Er weist auf zahlreiche weitere Aspekte hin:

1. Einbeziehung von unterschiedlichen relevanten Akteuren in die Erstellung, Verwendung und Weiterentwicklung der Sozialberichterstattung und -planung: Vertreter unterschiedlicher Fachbereiche, Landrat, Bürgermeister, Gemeinde- und Kreisräte, Vertreter von Wohlfahrtsverbänden, sonstige relevante Akteure
2. Festlegen von Lebensbereichen/Lebenslagen (Einkommen, Wohnen, Bildung, Gesundheit etc.) und relevanten Querverbindungen innerhalb spezifischer Lebenslagen (wie Jugend, Senioren, Alleinerziehende, Erwerbslose etc.)
3. Verwendung von regulären Prozessdaten und zusätzlichen Erhebungen. Prinzipiell besteht so nun auch die Möglichkeit, im Sinne einer stärkeren „Sozialraumorientierung“ sozialstrukturelle Verteilungsanalysen auf Gemeindeebene durchzuführen. Je kleinteiliger die Betrachtung desto konkreter können auch Maßnahmen für Bevölkerungsgruppen in bestimmten Lebenslagen in ihrem jeweiligen Lebensraum getroffen werden.

Individualität statt Datenfriedhof

Von den an der Entwicklung der Berichtskonzeption beteiligten fachlichen und politischen Akteuren wurde immer wieder die Notwendigkeit hervorgehoben, dass der Bericht praxisrelevant, anwendungsorientiert und übersichtlich aufgebaut sein muss, um tatsächlich Verwendung zu finden. Dies bedeutet, dass der Teil der (deskriptiven) Berichterstattung bzw. die Datengrundlage nach ihrer Relevanz und dem damit verbundenen Handlungsbedarf der Akteure auszuwählen ist. Verbunden mit der Forderung, durch den Bericht vor allem eine Planungshilfe für soziale bzw. sozialplanerische Aufgaben an die Hand zu bekommen, bedeutet dies, bei der Konzeption und Erstellung auf ein ausgewogenes Verhältnis von Daten und daraus resultierenden Handlungsbedarf und -möglichkeiten zu achten. Im Gegensatz zu anders konzipierten Sozialberichten will sich die Integrierte Sozialberichterstattung und -planung für den Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen nicht mit der Deskription regionaler Disparitäten hinsichtlich bestimmter Lebenslagendimensionen oder benachteiligter Lebenslagen begnügen. Diese Angaben sollen vielmehr mit der konkreten Versorgungssituation abgeglichen werden, um daraus sozialpolitischen oder aber sozialplanerischen Handlungsbedarf ableiten zu können. Deshalb werden die Daten zu ausgewählten Lebenslagen (Alleinerziehende, ältere Menschen etc.) und regionale Versorgungsstrukturen – soweit möglich grafisch in Form von Landkarten – zusammengeführt bzw. „übereinandergelegt“. Da die Daten zu den unterschiedlichen Lebenslagendimensionen, Lebensla-

gen und Versorgungsstrukturen nicht immer auch für die einzelnen Gemeinden zur Verfügung stehen oder versorgungsrelevante Aspekte bisher überhaupt nicht zentral erhoben werden, bieten Checklisten den Gemeinden die Möglichkeit, die Versorgungssituation durch das Ausfüllen eines Fragekatalogs systematisch zu betrachten. Der Bericht wird somit um ein „Selbstevaluationsinstrument“ ergänzt. Dieses bietet zudem langfristig die Chance, die Daten auf Landkreisebene wiederum zusammenzuführen und damit die Versorgungssituation in einer Integrierten Sozialberichterstattung und -planung noch differenzierter darstellen zu können.

Sozialpolitische Entscheidungsgrundlage

Durch den Abgleich der Bedarfs- und Versorgungslagen ergibt sich schließlich der sozialpolitische bzw. sozialplanerische Handlungsbedarf. Durch diese zentralen Bereiche lassen sich unterschiedliche Maßnahmen entsprechend dem Bedarf der Bürger in unterschiedlichen Lebenslagen ableiten. Eine Konkretisierung der Maßnahmen in den Handlungsfeldern wird dabei durch die Handlungsfelder angeregt, die im Seniorenpolitischen Gesamtkonzept aufgezeigt werden. Durch die Umsetzung der damit verbundenen Maßnahmen wird zum einen die Zusammenführung und Verknüpfung der einzelnen Fachplanungen gefördert und gefordert. Zum anderen hat dies auch Auswirkungen auf die Kooperation und Vernetzung der unterschiedlichen Akteure in den Gemeinden, Städten, im Landkreis bis hin zum Bezirk. Durch eine Integrierte Sozialberichterstattung und -planung kann somit ein Überblick über die Gesamtsituation im sozialen Bereich und deren voraussichtliche Entwicklung gegeben werden. Die Zusammenhänge zwischen einzelnen sozialen Themenfeldern werden sichtbar gemacht und fundierte Entscheidungsgrundlagen für Fortentwicklungen im sozialen Bereich für die einzelnen Akteure (Landkreis, Gemeinden, Bezirk, Wohlfahrtsverbände usw.) geschaffen.

Durch die Erarbeitung und Bearbeitung gemeinsamer Handlungsfelder und Ziele werden die vielfältig eingesetzten Ressourcen im sozialen Bereich im Landkreis gebündelt, stärker aufeinander abgestimmt und noch effektiver und effizienter eingesetzt. Durch die Bereitstellung einer eigenen Stelle für Sozialplanung im Landratsamt Bad Tölz-Wolfratshausen besteht nun die Möglichkeit auf eine umfassende und längerfristig angelegte Sozialberichterstattung und -planung als ein Dauerbeobachtungs- und Evaluationsinstrument. Für eine strategische Weiterentwicklung der Sozialberichterstattung und -planung des Landkreises Bad Tölz-Wolfratshausen wird daher gegenwärtig ein „Steuerungskreislauf Sozialplanung“ aufgebaut. Nur so kann langfristig eine fundierte Grundlage für politische Diagnosen und Entscheidungen entstehen, die die Wahrscheinlichkeit einer zielgruppengerechten, vorausschauenden und nachhaltig wirksamen Sozialplanung deutlich erhöht.

Ausblick

Im Sinne der Weiterentwicklung der Integrierten Sozialberichterstattung und -planung wäre es vor dem Hintergrund der zunehmenden gesellschaftlichen Herausforderungen sinnvoll, zukünftig beispielsweise auch „subsidiäre“ oder aber private Formen der in den Gemeinden erbrachten Versorgungs- und Unterstützungsleistungen transparent zu machen. Gerade über die beiden großen christlichen Kirchen wird ein vielfältiges und zunehmend auch vernetztes Angebot (z. B. in der Seniorenbildungsarbeit) den

Bürgern zur Verfügung gestellt. Eine perspektivisch gemeinsame Datenbasis ist für den Ausbau der Integrierten Sozialplanung eine unabdingbare Notwendigkeit. Die Integrierte Sozialplanung im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen ist ein vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen gefördertes Forschungs- und Modellprojekt.

(LRA Bad Tölz-Wolfratshausen)

Jugendsozialarbeit an Schulen

**Familienministerin Haderthauer, Landkreistagspräsident Dr. Kreidl und
Städtetagsvorsitzender Dr. Maly:**

„Gemeinsam bundesweit einmalig bei der Jugendsozialarbeit an bayerischen Schulen!“

Das Bayerische Kabinett hat auf Vorschlag von Bayerns Familienministerin Christine Haderthauer beschlossen, den weiteren Ausbau der Jugendsozialarbeit an Schulen – kurz JaS – unter Verwendung von Mitteln aus dem Bildungs- und Teilhabepaket im Schulterschluss mit den kommunalen Spitzenverbänden weiter voranzutreiben. „Ich freue mich, dass wir hier alle an einem Strang ziehen. Damit jedes Kind und jeder Jugendliche sein Potential entfalten kann, unterstützen wir die Kommunen im Freistaat bei ihrer Aufgabe der Jugendhilfe mit unserem Förderprogramm JaS. Durch unsere Förderung haben wir erreicht, dass die bayerischen Kommunen ein bundesweit einmaliges Netz an Jugendsozialarbeit an Schulen aufgebaut haben. Bereits jetzt sind an 635 Haupt-, Mittel-, Förder-, Berufs- und Grundschulen in Bayern sozialpädagogische Fachkräfte der JaS mit einem Umfang von 450 Stellen im Einsatz. Um dies weiter voranzutreiben, habe ich bereits letztes Jahr mit den kommunalen Spitzenverbänden besprochen, dass die Verwendung der Bundesmittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket für JaS-Maßnahmen gewünscht ist und einer späteren Übernahme in das staatliche Regelförderprogramm nicht entgegensteht. Zusätzlich stellen wir für die Qualifizierung der Fachkräfte die erforderlichen Fortbildungsangebote zur Verfügung. In einem weiteren Schritt übernehmen wir zudem ab 2014 – nach dem Auslaufen der Bundesförderung – alle bis dahin neu geschaffenen JaS-Stellen mit unverändertem Fördersatz in unsere Förderung“, so die Ministerin.

Der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Dr. Jakob Kreidl: „Die Schule ist neben der Familie eine wichtige Einrichtung zur Festigung der sozialen Integration unserer Gesellschaft schlechthin. Für die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe ist es

daher ein besonderes Anliegen, sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche auch im Lebensumfeld ‚Schule‘ zu begleiten und zu fördern. Der mit der Unterstützung des Freistaats mögliche, bundesweit einmalige Ausbau von JaS ist ein wichtiger Schritt zur besseren Verzahnung von Bildung und Erziehung in den Schulen, der konsequent weiter gegangen werden muss. Angesichts der immer zahlreicheren Probleme von Kindern und Jugendlichen im familiären wie im schulischen Umfeld müssen alle Beteiligten ihren Beitrag leisten, um die Bedingungen für ein gelingendes Aufwachsen in einer modernen Gesellschaft laufend zu verbessern.“

Der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Dr. Ulrich Maly: „Zu diesem Vorstoß haben sich die Städte entschlossen, weil benachteiligte Kinder und Jugendliche besondere Unterstützung jetzt sofort brauchen. Wir können nicht den regulären Ausbau nach dem bayerischen Förderprogramm abwarten. Unabhängig davon hat die Schule als staatliche Aufgabe dafür zu sorgen, dass für die Umsetzung des schulischen Erziehungsauftrags eigenes staatliches Personal zur Verfügung gestellt wird. Die kommunale Seite erwartet, dass der Freistaat nach Erreichen des bedarfsgerechten Ausbaus der Jugendsozialarbeit an Schulen mit den Kommunen die Kosten partnerschaftlich je zur Hälfte trägt. Dies hat auch der Ministerpräsident beim Bayerischen Städtetag in Bad Reichenhall im Juli 2011 vorgeschlagen. Wir begrüßen die Zusage der Sozialministerin, alle bis Ende 2013 geschaffenen neuen Stellen in das Förderprogramm zu übernehmen.“

Haderthauer weiter: „Wir müssen schon bei den Kindern und Jugendlichen im richtigen Zeitfenster die Weichen stellen, sonst gehen Chancen verloren. JaS setzt hier an und greift benachteiligten Jugendlichen

bei ihrer sozialen, schulischen und beruflichen Integration unter die Arme. Die sozialpädagogischen JaS-Fachkräfte kümmern sich als ‚Scharnier‘ zwischen Jugendamt und Schule gezielt insbesondere in Einzelgesprächen um benachteiligte Jugendliche und ihre Familien. So können etwa Konflikte im familiären oder schulischen Umfeld früh erkannt und rechtzeitig gelöst werden. Damit ist JaS nicht nur ein Riesenerfolg

im Sinne von Chancen- und Bildungsgerechtigkeit, sondern auch ein Gebot ökonomischer Vernunft: Wer in der Schulzeit investiert, verhindert Bildungsversagen und hohe Reparaturkosten in der Jugendhilfe, die für den Staat richtig teuer werden können. Ziel ist, zum Jahresbeginn 2019 die 1000ste JaS-Stelle zu besetzen.“ (StMAS)

Integration

„Kommunale Spitzenverbände zum Integrationsgipfel: „Kommunen sind Motor der Integration – Weitere Anstrengungen in den Bereichen Bildung und Arbeitsmarkt erforderlich“

Anlässlich des Integrationsgipfels Anfang 2012 in Berlin haben die Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände die zentrale Rolle der Kommunen in der Integrationspolitik hervorgehoben: „Der Integrationsprozess gelingt oder misslingt in den Städten, Landkreisen und Gemeinden. Deshalb haben die Kommunen eine Schlüsselrolle als Motor der Integration. Die Aufgabe der Bundes- und der Landespolitik besteht darin, die notwendigen Rahmenbedingungen für erfolgreiche Integration weiter zu verbessern“, erklärten die Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände, Oberbürgermeister Christian Ude, Deutscher Städtetag, Landrat Hans Jörg Duppré, Deutscher Landkreistag und Bürgermeister Roland Schäfer, Deutscher Städte- und Gemeindebund.

Mit Blick auf den Beitrag der kommunalen Spitzenverbände zum Nationalen Aktionsplan Integration betonten die Präsidenten, die Verbände würden ihren Mitgliedskommunen eine Vielzahl von Maßnahmen in den unterschiedlichen Bereichen der Integrationspolitik empfehlen. Dazu gehöre unter anderem, das Thema Integration als ressortübergreifende Aufgabe in der Kommunalverwaltung zu verankern und seiner Bedeutung entsprechend organisatorisch anzusiedeln. Des Weiteren empfehlen die Spitzenverbände ihren Mitgliedskommunen, Migrantinnen und Migranten stärker an den Entscheidungs- und Gestaltungsprozessen des sozialen und politischen Lebens zu beteiligen. Das gelte vor allem für die Entwicklung und Umsetzung kommunaler integrationspolitischer Konzepte.

Die Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände betonten den hohen Stellenwert von Integrationspolitik auf kommunaler Ebene: In einzelnen Kommunen hätten schon heute über 50 Prozent der Kinder einen Migrationshintergrund. Schon aus demografischen Gründen brauche Deutschland auch in Zukunft qualifizierte Zuwanderer. Daraus ergebe sich die

Herausforderung, neu Zugewanderte in die Gesellschaft zu integrieren. „Schlüsselfaktoren für das Gelingen der Integrationsprozesse sind Sprachkenntnisse, ausreichende Bildungsabschlüsse und Berufseinstiege. Hier gibt es nach wie vor Defizite und Nachholbedarf“, erklärten die Präsidenten. So sei die Zahl der Jugendlichen mit Migrationshintergrund ohne Schulabschluss hoch.

Die Kommunen hätten die Integration seit Langem als zentrales kommunalpolitisches Ziel erkannt und förderten mit vielfältigen Aktivitäten die Integrationsprozesse. Sie seien bereit, ihre Anstrengungen weiter zu verstärken. Allerdings seien in der Integrationspolitik alle Beteiligten gefordert: Bund, Länder, Wirtschaft, Kirchen, Gewerkschaften, Vereine und Migrationsorganisationen, aber auch die Migranten selbst. Gerade beim Übergang von der Schule in den Beruf müsse sich die Wirtschaft noch stärker einbringen, da andernfalls der Fachkräftemangel noch zunehmen werde. Umgekehrt strebten auch die Kommunen an, den Migrantenanteil im öffentlichen Dienst zu erhöhen. Das fördere das Integrationsklima insgesamt. Die Präsidenten erklärten, die kommunalen Spitzenverbände würden eine Handreichung zur interkulturellen Öffnung der Verwaltung erarbeiten und diese ihren Mitgliedskommunen zur Verfügung stellen.

„Erfolgreiche Integration ist kein einseitiger Prozess. Sie setzt nicht nur eine integrationsbereite Aufnahmegesellschaft voraus, sondern ebenso die Bereitschaft der Menschen mit Migrationshintergrund, sich zu integrieren. Insoweit ist der heutige Integrationsgipfel ein wichtiges Signal“, erklärten die Präsidenten. Niemand dürfe sich der Illusion hingeben, dass die Integration mittel- oder kurzfristig abgeschlossen werden könne. Es handle sich um eine dauerhafte Aufgabe, die für die Zukunftsfähigkeit und den Wohlstand der Gesellschaft von entscheidender Bedeutung sei. (Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände)

Landkreis Mühldorf a. Inn antwortet auf die Handlungsempfehlungen des Bayerischen Integrationsrates

Der Landkreis Mühldorf a. Inn auf dem Weg zum 1. Bildungsbericht

Im Landkreis Mühldorf a. Inn haben sich Kommunalverwaltung und Bildungsakteure gemeinsam auf den Weg begeben, einen 1. Bildungsbericht zu entwickeln. Dazu trafen sich in mehreren sogenannten Bildungsgesprächen Verantwortliche aus dem regionalen Bildungswesen (Kitas, Schulen, Berufsschulen, Weiterbildungsträger, Kammern) und diskutierten die Datenlage basierend auf vorhandenen Indikatoren und prüften diese hinsichtlich ihrer Aussagekraft. Zentrale Themen waren dabei die Bildungsübergänge Kindergarten/Grundschule, Grundschule/weiterführende Schule sowie Schule/Beruf/Studium. Dabei stellte sich heraus, dass bisher kaum Daten vorliegen, die die spezifische Situation der Bildungsteilnehmer nichtdeutscher Herkunft darstellen. Differenzierungen erfolgen von der amtlichen Statistik vor allem nur hinsichtlich der Staatsangehörigkeit; besonders bei der Betrachtung von Daten auf kommunaler Ebene und in Bezug auf die Bildungsbeteiligung. Dabei lebt im Landkreis Mühldorf a. Inn eine Vielzahl von Menschen nichtdeutscher Herkunft. Von daher ist die Bildungsberichtserstattung nicht vollständig, ohne differenziert zu betrachten, ob und wie Menschen nichtdeutscher Herkunft in das Bildungssystem regional integriert sind.



Landrat
Georg Huber



Handlungsempfehlungen zu „Fachkräfte sicher – Potentiale fördern“: Maßnahmen u. Projekte im Landkreis Mühldorf a. Inn

Expertenrunde Migration des Landkreises

Durch die Arbeit am 1. Bildungsbericht und die Erkenntnisse aus den Bildungsgesprächen entstand eine zusätzliche Arbeitsgruppe, die sich aus MitarbeiterInnen des Staatlichen Schulamts, des Gesundheitsamts, des Amtes für Jugend und Familie, dem Übergangmanagement und dem Bildungsmonitoring zusammensetzt. Es wurden

Fachbesprechungen zur "Migration und Integration" begonnen, in der die Möglichkeiten der Datenbeschaffung eruiert werden, aber auch welche konkreten Bedarfe aktuell vorliegen, welche Problemfelder schon bekannt sind und welche Ansätze in der Praxis vielversprechend sind. Viele Akteure aus dem direkten oder mittelbaren Bildungswesen haben Berührungspunkte mit Menschen nichtdeutscher Herkunft, bei denen nicht nur die Sprache zu Verständigungsschwierigkeiten führt. Oftmals sind es einfach fehlende Informationen, da diese Zielgruppe nicht unbedingt wie die deutsche Bevölkerung erreicht werden kann. Mit Unterstützung von Verantwortlichen aus Verwaltung, Politik und Vereinen sowie Bildungsträgern sollen 2012 erste Aufarbeitungen erfolgen. Dazu zählen eine Bestandsaufnahme an laufenden Projekten und Initiativen, zielgruppenspezifische Sensibilisierung für dieses Thema und Expertengespräche. Mittelbar sollen durch diese Aktivitäten Daten für das Kommunale Bildungsmonitoring generierbar werden. Darüber hinaus steht ein Integrationsbeauftragter für den Landkreis Mühldorf a. Inn, Erich Kozel, Fachbereichsleiter für Öffentliche Sicherheit und Ordnung, Ausländer, Kommunales, Katastrophenschutz im Landratsamt, für Fragen und Anliegen zur Verfügung.

Nötige weitere Strukturen:

- Kinderpflegerinnen und -erzieherinnen nichtdeutscher Herkunft in Kitas bringen
- Informationen zum Fremdsprachenerwerb weitergeben, Voraussetzung ist der Erwerb einer fundierten Muttersprache
- Fremdsprache als Wert erkennen
- Möglichst frühe Anbahnung von Sprachmodellen in Deutsch
- Wertschätzender Umgang mit der jeweiligen Muttersprache
- Förderung interkultureller Kompetenz in Bildungseinrichtungen und Behörden
- Unterstützung von Unternehmen bei Schwierigkeiten im interkulturellen Bereich
- Sprachcamps für Kinder deutscher und nichtdeutscher Herkunft
- Förderung von Fachsprache in Unternehmen sowohl in Deutsch als auch in der jeweiligen Muttersprache (Business-Türkisch)
- Fremdsprache Russisch und Türkisch in der Grundschule mit Sprachzertifikat
- Kennenlernen des Gesundheitswesens durch BürgerInnen nichtdeutscher Herkunft (v. a. Schwangerenberatung, Geburtsvorbereitung, Kleinkinderuntersuchungen)

Inhaltliche Darstellung der Problematik:

- Wirtschaftliche Dimension dieser Problematik für den Landkreis
- Wachsen des Anteils von BürgerInnen nichtdeutscher Herkunft an der Gesamtbevölkerung in den kommenden Jahren
- Hinweis auf gelingende Integration der Flüchtlinge nach dem 2. Weltkrieg
- Abfragen der benötigten Qualifikationen im künftigen Arbeitsmarkt

zu 2.1.1 Kindertageseinrichtungen

„... Sprachstanderhebungen bei allen Kindern bereits ab dem Kindergartenalter (4. Lebensjahr) einzuführen ... Aus- und Fortbildung des pädagogischen Personals in interkultureller Hinsicht erfolgen bzw. ausgebaut werden ... sollte in den Kindertagesstätten der Ansatz der Erziehungspartnerschaften, sowie Eltern- und Familienbildungsprogramme besonders berücksichtigt werden, bei denen die Familie der Kinder einbezogen und beraten wird.“

Sprachförderung in KiTas

Vorkurs Deutsch 240

Kinder nichtdeutscher Herkunft, die über keine oder unzureichende Deutschkenntnisse verfügen, erhalten bereits im letzten Kindergartenjahr eine ganzjährige Förderung in der deutschen Sprache, die von Lehrerinnen und Erzieherinnen erteilt wird. Fortbildungen für diese Vorkurse, die im Landkreis bereits durchgeführt wurden, richteten sich an Tandems aus Kita und Grundschule.

„Frühe Chancen – Schwerpunkt KiTas Sprache und Integration“

Mit der Offensive Frühe Chancen: Schwerpunkt-Kitas Sprache und Integration setzt sich die Bundesregierung dafür ein, dass jedes Kind von Anfang an faire Chancen hat. Gute Bildungsangebote in den Kitas müssen deshalb so früh wie möglich bundesweit zur Verfügung stehen. Im Rahmen der Bundesinitiative sollen von März 2011 bis zum 31. Dezember 2014 insgesamt rund 4.000 Schwerpunkt-Kitas gefördert werden. Dafür stellt der Bund rund 400 Mio. Euro zur Verfügung. In der ersten Förderwelle nehmen die KiTa Maria Schutz/Waldkraiburg und der städtische Kindergarten in Neumarkt St. Veit teil. Es gibt insgesamt zwei Förderwellen; bis 16. Dezember 2011 fand das zweite Interessensbekundungsverfahren statt. Daran haben sich auch KiTas aus dem Landkreis Mühldorf a. Inn beworben. Die Förderung teilt sich auf Personal, Sachmittel und Fortbildung auf.

zu 2.1.2 Schule

„...Die Eltern sollten somit stärker als bisher in das Schulleben mit einbezogen werden. Deshalb empfiehlt der Integrationsrat den Ausbau der Beratung und Begleitung der Eltern mit Migrationshintergrund insbesondere im Hinblick auf das bayerische Schul-

und Ausbildungssystem ...Aufsuchende Angebote, bei denen Fachkräfte zu den Eltern gehen, zeigen erfahrungsgemäß die größte Wirkung, ... die Eltern im Rahmen dieser Projekte für die Mitarbeit in den Elternbeiräten zu gewinnen, um so deren Integration in das Schulleben dauerhaft zu gewährleisten ...Die bestehenden Übergangsklassen sind ein Instrument, das bedarfsgerecht (intensivere Förderung, kleinere Klassen) ausgebaut werden sollte.“

Integrationslotsen

Im Rahmen des Übergangs vom Kindergarten in die Grundschule bietet **Lernen vor Ort** in Zusammenarbeit mit dem Schulamt Mühldorf a. Inn in Zukunft Eltern mit nichtdeutscher Herkunft Unterstützung durch sogenannte Integrationslotsen. Diese ehrenamtlich engagierten Personen aus dem Landkreis sollen die Eltern über das deutsche und vor allem bayerische Bildungssystem informieren und für Fragen rund um den Schulalltag zur Verfügung stehen. Indem die ersten Schritte in die Schule von Personen aus dem gleichen Kulturkreis in der Muttersprache erklärt werden, können Verständigungsschwierigkeiten verringert und Ängste abgebaut werden.

Sprechstunde für Eltern nichtdeutscher Herkunft durch Integrationslotsen (Waldkraiburg Grundschule am Goetheplatz und Graslitzer Str.)

Die ehrenamtlichen Integrationslotsen stehen Eltern nichtdeutscher Herkunft in Waldkraiburger Grundschulen für Fragen über das bayerische Schulsystem und die Möglichkeiten, die sich ihren Kindern bieten und wie sie ihnen helfen können, zur Verfügung. Die Sprechstunden finden Dienstagmittag in der Grundschule Graslitzer Straße und Mittwochmittag in der Grundschule am Goetheplatz statt. Zudem können aber auch alle weiteren Grundschulen ab Januar 2012 mit den Lotsen Kontakt aufnehmen, wenn sie Unterstützung in der Zusammenarbeit mit Eltern nichtdeutscher Herkunft benötigen.

Elternabend für Eltern nichtdeutscher Herkunft

Das Schulamt Mühldorf a. Inn, Lehrkräfte aus dem Landkreis Mühldorf a. Inn und die Bildungsinitiative *Lernen vor Ort* luden vor Kurzem Eltern nichtdeutscher Herkunft mit Kindern in der 3. und 4. Klasse zu einem Informationsabend ein. Mehr als 30 Mütter und Väter informierten sich im Schülercafé der Mittelschule an der Dieselstraße in Waldkraiburg über das bayerische Schulsystem und erhielten Ratschläge, wie sie ihre Kinder in der Grundschule beim Lernen unterstützen können. Zudem wurden verschiedene Bildungsbiographien von jungen Erwachsenen aus dem Landkreis vorgestellt, die sich den Fragen der

Eltern stellten. Durch den positiven Verlauf des Elternabends wurde das Konzept des Elternabends bestätigt und soll in den nächsten Jahren fortgesetzt werden.

Elterntalk

ELTERN TALK bedeutet, dass sich Eltern in privatem Rahmen zu einem Erfahrungsaustausch über Erziehungsfragen in der Familie treffen. Der Fokus liegt dabei auf „Medien, Konsum und Suchtvorbereitung“. Diese Gesprächsrunden werden von Eltern moderiert, die dafür ausgebildet worden sind. Im Landkreis Mühldorf a. Inn wird ELTERN TALK bei Bedarf auch in Türkisch und Russisch angeboten. Ziel ist, die Erziehungskompetenz von Eltern durch Eltern zu stärken. Die Gesprächsrunden dauern ca. zwei Stunden und richten sich vor allem an Eltern von Kindern bis 14 Jahre.

„...Die umfangreichen Angebote der Schulen – wie z. B. Berufsgrundbildungsjahr, Berufseinstiegsjahr, Berufsvorbereitungsjahr – und der Bundesagentur für Arbeit – z. B. Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen, Einstiegsqualifizierung, erweiterte vertiefte Berufsorientierung und berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen – sind sicher ein Schritt in die richtige Richtung ebenso wie das Projekt „Ausbildungsakquisitoren“. Dennoch herrscht in diesem Bereich weiterhin großer Bedarf. Insbesondere Mentorenprogramme ...“

Berufspaten-Projekt

Zielgruppe sind Jugendliche, die besondere Unterstützung und Förderung im schulischen Bereich vor allem bei der Berufsorientierung benötigen. Speziell sozial benachteiligte Jugendliche werden in diesem Projekt aufgefangen und von ehrenamtlichen Berufspaten auf dem Weg ins Berufsleben begleitet. Ziel des Projektes ist, die Jugendlichen beim Übergang von der Schule in den Beruf begleitend zu fördern und gezielt zu unterstützen, damit sie eine Chance auf einen Ausbildungsplatz erhalten. Außerdem soll mit diesem Projekt jungen Menschen wieder Selbstwertgefühl gegeben und dazu beigetragen werden, dass Jugendliche erneut Vertrauen in eigene

Handlungsmöglichkeiten gewinnen. Dabei liegt der Fokus auf jungen Menschen, die auf dem Ausbildungsmarkt benachteiligt sind, z. B. durch Migrationshintergrund, familiäre oder persönliche Probleme oder fehlende Unterstützungsmöglichkeiten. Aufgabe der ehrenamtlichen Berufspaten ist vor allem die Befähigung der Jugendlichen, selbst aktiv zu werden, zu fördern, aber auch die Unterstützung der Jugendlichen bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz und bei der Erstellung der Bewerbungsunterlagen. Die Trägerschaft liegt beim Schulamt Mühldorf a. Inn, die Handwerkskammer wurde mit der Durchführung des Projektes beauftragt. Seit 2012 kümmert sich die Koordinatorin Julia Kietzke um die Organisation des Projektes. Die Fachkräfte der Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS) fungieren als Ansprechpartner und Vermittler zwischen Schülern, ehrenamtlichen Berufspaten, Eltern und Schulleitung.

zu 2.4.5. Mentoren- und Patenprogramme

„... Mentoren- und Patenprogramme können den Menschen mit Migrationshintergrund das notwendige Wissen über die Rahmenbedingungen und die Funktionsweise des bayerischen Arbeitsmarktes vermitteln ...“

Integrationsprojekt am Ruperti-Gymnasium Mühldorf

Dieses Projekt wurde durch die Zusammenarbeit von Lehrkräften des Gymnasiums, dem Amt für Jugend und Familie, der Freiwilligenagentur Ehrensache e. V., der Migrationsberatungsstelle der Caritas und dem Amt für soziale Sicherung im Juni 2010 realisiert. Schülerinnen und Schüler der 9. Klasse des Ruperti-Gymnasiums erhielten durch Rollenspiele Einblick in die Problematik „Vorurteile“. Zudem wurde der Ablauf eines Asylverfahrens vorgestellt und über die Geschichte der „Russlanddeutschen“ informiert.

zu 2.4.6. Vereinbarkeit von Familie und Beruf

*„... betrifft Familien mit und ohne Migrationshintergrund gleichermaßen. Insbesondere im Bereich der Krippen und Kindertageseinrichtungen besteht diesbezüglich Handlungsbedarf.“
(LRA Mühldorf a. Inn)*

Gesundheit und Krankenhäuser

Hausärztliche Versorgung in Not – Weiterbildungsverbände Allgemeinmedizin

Dr. Dagmar Schneider, Leiterin Koordinierungsstelle Allgemeinmedizin,
Bayerische Landesärztekammer

Aufgrund der **Rahmenbedingungen** und der **Altersstruktur** der Hausärzte ist in den nächsten Jahren mit einem deutlichen Rückgang der in der hausärztlichen Versorgung tätigen Allgemeinmediziner zu rechnen. Gerade in ländlichen Regionen ist bereits jetzt der Mangel zu spüren – zahlreiche Hausarztpraxen können nicht mehr an Nachfolger weitergegeben werden. Aber auch viele Krankenhäuser, besonders in der Peripherie, haben heute schon ein großes Problem, Assistenzärzte zu finden. Was das für die medizinische Versorgung der Bevölkerung bedeutet, liegt auf der Hand. Bezüglich einer Praxistätigkeit liegen die Gründe zu einem darin, dass sich immer weniger junge Ärzte für die Weiterbildung zum Allgemeinmediziner entscheiden und zum anderen darin, dass diejenigen, die Allgemeinärzte geworden sind, eine Niederlassung scheuen. Allgemein bestehen gegenüber einer Tätigkeit „auf dem Land“ große, zum Teil unrealistische Vorbehalte.

Insbesondere dem Thema „**Strategien gegen den Nachwuchsmangel**“ widmet sich die Koordinierungsstelle Allgemeinmedizin, die bei der Bayerischen Landesärztekammer angesiedelt ist. Sie wurde im Juli 2011 von der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns, der Bayerischen Krankenhausgesellschaft, dem Bayerischen Hausärzterverband und der Bayerischen Landesärztekammer eingerichtet. Sie verfolgt das Ziel, die **Weiterbildung zum Allgemeinmediziner** attraktiver zu gestalten und dadurch mehr Nachwuchs zu gewinnen.

Eine Schwierigkeit, aufgrund der sich so wenige junge Ärztinnen und Ärzte für die Weiterbildung Allgemeinmedizin entscheiden, liegt im Weiterbildungsgang: Hier sind für den angehenden Allgemeinarzt Abschnitte in Klinik(en) und Praxen gefordert. In den Kliniken werden bei der Einstellung aber eher Ärzte bevorzugt, die den entsprechenden Facharztstitel anstreben (für eine Abteilung Innere Medizin wäre das jemand, der Facharzt für Innere Medizin werden möchte, für eine Abteilung Chirurgie jemand, der Facharzt für Chirurgie werden möchte usw.). Also sind hier für einen zukünftigen Allgemeinarzt der Einstieg in die Weiterbildung und die notwendigen Stellenwechsel schwierig. Oft verlängert sich deshalb die eigentliche Weiterbildungszeit von fünf Jahren beträchtlich. Beim Wechsel in den ambulanten Bereich besteht das Problem, dass die Bezahlung dort häufig deutlich unterhalb dessen liegt, was man im stationären Bereich

verdient. Zusammenfassend hat der Arzt in Weiterbildung also folgende Probleme: mehrfache Stellensuche immer mit der Frage: Kann er ehrlich sein bei der Bewerbung um eine Stelle?, oft mehrere Umzüge während der Weiterbildung, längere Weiterbildung und Gehaltseinbußen.

Ein weiterer Grund, der junge Ärztinnen und Ärzte abschreckt, Hausarzt zu werden und sich auf dem Land niederzulassen, liegt in den schwierigen Rahmenbedingungen. Heutzutage gibt es bei einem nicht unbeträchtlichen Teil des ärztlichen Nachwuchses den Wunsch nach Teilzeitarbeit und/oder Anstellungsmöglichkeiten, um eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu gewährleisten. Dies ist in Einzelpraxen nicht realisierbar. Abschreckend wirken auch die Belastung durch Bereitschaftsdienste und die persönliche Bedrohung durch Regresse. Insgesamt geht es also um bessere Planbarkeit - die der Weiterbildung und die der beruflichen Tätigkeit in der Praxis.

Mit der **Installierung von Weiterbildungsverbänden** Allgemeinmedizin verfolgt die Koordinierungsstelle das Ziel, die Planbarkeit der Weiterbildung zu verbessern. Ein Weiterbildungsverbund ist ein regionaler Zusammenschluss von Klinikärzten, niedergelassenen Fachärzten für Allgemeinmedizin und Fachärzten anderer Disziplinen mit dem Ziel, jungen Ärztinnen und Ärzten eine **Komplettlösung für die gesamte Weiterbildungszeit** von fünf Jahren zu bieten = „Weiterbildung aus einem Guss“. Die Partner eines Verbundes erstellen über die fünf Jahre Weiterbildung einen Rotationsplan durch die verschiedenen Abteilungen und Praxen, den sie dem Bewerber zu Beginn der Weiterbildung aushändigen. Sie garantieren ihm damit, dass er nach fünf Jahren alle notwendigen Weiterbildungsabschnitte und –inhalte erworben hat, um die Facharztprüfung zu absolvieren. Die eingangs beschriebenen abschreckenden Nachteile des Weiterbildungsganges Allgemeinmedizin werden dadurch aufgehoben.

Dieses Konzept kann insofern auch eine win-win-Situation auf Seiten des Verbundes darstellen, als die begründete Hoffnung besteht, dass ein Arzt, der fünf Jahre in einer Region gearbeitet, dort eine gute Weiterbildung erhalten und „Wurzeln geschlagen“ hat, auch nach seiner Weiterbildungszeit bleibt, in eine bestehende Praxis als Partner oder Angestellter einsteigt oder eine Praxis übernimmt.

Kann die Politik, können die Landkreise hier auch unterstützen? Ja!

Zum einen **ideell**: Wenn Ihr Landkreis ein kommunales Krankenhaus hat oder wenn Sie von einer schwierigen Situation bezüglich der hausärztlichen Versorgung oder der Gewinnung ärztlicher Mitarbeiter im Krankenhaus erfahren, bringen Sie als Vorschlag das Thema Weiterbildungsverbund auf den Tisch.

Dazu einige konkrete Hinweise:

Vereinfacht gesagt sind für die Weiterbildung zum Facharzt für Allgemeinmedizin 18 Monate stationäre Weiterbildung Innere Medizin, 18 Monate in anderen Fächern (stationär oder ambulant) und 24 Monate in einer Hausarztpraxis notwendig. In einem Verbund muss also eine Abteilung für Innere Medizin vertreten sein, möglichst auch eine chirurgische Abteilung, dann pro Verbund je nach Größe etwa 3-5 Hausarztpraxen sowie möglichst noch Vertreter sogenannter kleiner Fächer (Kinderheilkunde, Psychosomatik, Dermatologie, HNO).

Motivieren Sie Interessierte, sich an die Koordinierungsstelle Allgemeinmedizin zu wenden!

Zum anderen gibt es auch Möglichkeiten der positiven politischen Begleitung eines Verbundes mit Maßnahmen wie:

- Darstellung der Attraktivität der eigenen Region,

um dem schlechten Image „des Landes“ entgegenzuwirken und damit junge Ärzte zu motivieren, in den Verbund der eigenen Region zu kommen (Darstellung z. B. als Homepage, auf die die Koordinierungsstelle verlinken würde)

- Zur-Verfügung-Stellen von günstigen Wohnmöglichkeiten, ggf. Aufnahme in Einheimischen-Programme
- Ausbau von Kinderbetreuungsmöglichkeiten als nachhaltigen Standortvorteil
- Einsatz dafür, dass überall schnelles Internet verfügbar ist
- Unterstützung für eine positive Darstellung des Hausarztberufes an den weiterführenden Schulen des Kreises

Und der Fantasie bezüglich weiterer Ideen sind keine Grenzen gesetzt...

Wie eingangs gesagt: Es ist dringend geboten, Maßnahmen zu ergreifen, um dem drohenden Hausärztemangel entgegenzuwirken. Wenn Sie aktiv werden möchten oder weitere, noch nicht erwähnte Vorschläge haben, wenden Sie sich gern an die Koordinierungsstelle Allgemeinmedizin bei der Bayerischen Landesärztekammer.

Landkreis Lichtenfels – Bayerische zertifizierte Gesundheitsregion

„Heute ist ein guter Tag für unseren Landkreis Lichtenfels, denn mit der Zertifizierung als Bayerische Gesundheitsregion haben wir ein weiteres großes Ziel erreicht“, zeigt sich Landrat Christian Meißner erfreut. Am 30.09.2011 hat der Stellvertreter des Landrats, Helmut Fischer, anlässlich der Ausstellungseröffnung „Gesundheitsregion Obermain“ im Haus der bayerischen Landkreise die Bewerbungsunterlagen an Staatssekretärin Huml übergeben. Die Initiative, sich als Gesundheitsregion aufzustellen, geht auf Altlandrat Reinhard Leutner zurück. „Von diesem Qualitätssiegel werden neben unseren Partnern die Bürgerinnen und Bürger und auch die Gäste unseres Landkreises profitieren“, erklärt Landrat Meißner. Mit der Etablierung eines Patientenbeauftragten am Lichtenfelser Helmut-G.-Walther-Klinikum ist der nächste Schritt bereits in Planung.

Der Vorsitzende des Tourismusvereins Landkreis Lichtenfels e. V., der Ebensfelder Bürgermeister Bernhard Storath, ist ebenfalls erfreut über die gute Nachricht aus München: „Die Bewerbung mit den Schwerpunkten auf medizinische Versorgung, Prävention und Tourismus zu setzen, war eine richtige Entscheidung. Das Qualitätssiegel wird unsere Region als Tourismusstandort stärken und bayernweit bekannt machen. Die künftige Betreuung durch die Bayerische Gesundheitsagentur wird unser Profil als Gesundheitsregion auch künftig weiter verschärfen.“



Mit dem neuen Qualitätssiegel „Gesundheitsregion Bayern“ soll die hochwertige medizinische Versorgung im Freistaat weiter verbessert werden. Das betonte Dr. Marcel Huber, Gesundheitsminister, anlässlich der erstmaligen Auszeichnung von 14 bayerischen Gesundheitsregionen mit dem neuen Qualitätssiegel „Gesundheitsregion Bayern“. Ziel ist, die Zukunftspotenziale der Gesundheitsbranche auszubauen und die verschiedenen Akteure vor Ort besser zu vernetzen. Mit einer Spezialisierung und einer medizinischen Schwerpunktsetzung soll jede Region ihr eigenes Markenzeichen bekommen. Die Auszeichnung erhalten folgende Städte und Landkreise: Allgäu, Augsburg, Berchtesgadener Land, Bäderland Bayerische Rhön, Bamberg, Bayreuth, Ebersberg, Erlangen, Garmisch-Partenkirchen, Ingolstadt, Lichtenfels, Nordoberpfalz, Nürnberg und Passauer Land. Regionen, die mit dem Siegel ausgezeichnet sind, werden zukünftig von der Bayerischen Gesundheitsagentur (BGA) betreut, um ihr jeweiliges Gesundheitsprofil weiter zu schärfen. Regionen, die sich in der ersten Runde noch nicht



beworben haben, können sich in der nächsten Runde vom 1. April bis 31. Mai 2012 für die Auszeichnung bewerben. Dazu müssen sie unter anderem ein umfassendes Konzept für ihre Gesundheitsregion erarbeiten und mindestens zwei Schwerpunkte setzen. (LRA Lichtenfels)

Gesundheitsminister Dr. Marcel Huber (sitzend) trägt sich beim Besuch bei Landrat Christian Meißner im Landratsamt Lichtenfels am 5. März 2012 in das Goldene Buch des Landkreises ein. (LRA Lichtenfels)

Krankenpflegeschule sichert Zukunft der Region **Informationsbesuch in der Berufsfachschule Rothalmünster** **Rege Diskussion mit den Schülern**

„Ein anspruchsvoller Beruf mit großer Zukunft - mein Respekt für Ihr Engagement“, so begrüßte Landrat Franz Meyer die Schüler der Berufsfachschule für Gesundheits- und Krankenpflege in Rothalmünster. Diese Schule sichert den Landkreis als leistungsfähige Gesundheitsregion, so der Landrat. Schulleiterin Stephanie Köck erläuterte kurz die Grundzüge der Ausbildung an der Schule, die zur Zeit rd. 70 Schüler auf den Krankenpflegeberuf vorbereitet.

Fünf hauptamtliche und zahlreiche nebenamtliche Lehrkräfte sind dazu tätig. Welche gute Basis hier für die weitere Karriere gelegt wird, zeigt Stephanie Köck am eigenen Beispiel - auch sie war einst Schülerin in Rothalmünster. Beeindruckt war Landrat Franz Meyer von der Diskussion mit den Schülerinnen und Schülern, die die Gründe für ihre Berufswahl erläuterten. (LRA Passau)

Landrat Franz Meyer (vorne rechts) informierte sich an der Krankenpflegeschule Rothalmünster. Die Einrichtung erläuterten Schulleiterin Stephanie Köck (links) und Kursleiter Christian Friedl (hinten rechts). Foto: Ortinger



Energie

Aktiver Klimaschutz seit 15 Jahren im Landkreis Lichtenfels

Die vergangenen eineinhalb Jahrzehnte hat der Landkreis Lichtenfels aktiv genutzt für den Klimaschutz. In der Amtszeit von Altlandrat Reinhard Leutner (1993 bis 2011) wurden eine Vielzahl von Projekten und Maßnahmen realisiert, die bayernweit keinen Vergleich zu scheuen brauchen.

Lichtenfelser Sonnentage

Der Landkreis hat bereits frühzeitig den Informationsbedarf in der Bevölkerung erkannt und schon 1998 die Lichtenfelser Sonnentage ins Leben gerufen. Sie finden jährlich im Juli auf dem Gelände des Landratsamtes statt. Dabei informiert der Landkreis mit Fachvorträgen und Ausstellern aus der Region rund um das Motto: „Energie: einsparen – effizient nutzen – erneuerbar erzeugen“. Dabei stand immer im Vordergrund, einerseits Vorurteile und Hemmnisse gegenüber alternativen Energieversorgungsformen abzubauen, und andererseits auch Lösungswege in Form von Technikanbietern sowie Finanzierungen aufzuzeigen. Mit den Lichtenfelser Sonnentagen hat der Landkreis einen außergewöhnlichen Beitrag zur verstärkten Akzeptanz und Nutzung erneuerbarer Energien in der Bevölkerung geleistet. Die aufgezeigten Maßnahmen wurden dabei mit großen Anstrengungen im Rahmen des „Agenda 21“-Prozesses auf Landkreisebene – entsprechend den Grundsätzen des eigenen Leitbildes – angegangen. „Die Lichtenfelser Sonnentage demonstrieren in ihrer Gesamtheit sehr deutlich den Weg und den Willen des Landkreises über den gesetzlich geforderten Umweltschutz hinaus nachhaltig tätig zu werden“, so auch die klare Aussage von Landrat Christian Meißner, der seit 15.12.2011 Landrat des Landkreises Lichtenfels ist.

Eigene Förderprogramme des Landkreises

In den Jahren 1999 bis 2004 hat der Landkreis eigene Förderprogramme aufgelegt, um die Entscheidung für eine umweltfreundliche Energieversorgung im Einzelfall so leicht wie möglich zu machen. Insgesamt wurden rund 1,244 Mio. € als Darlehen zur Verfügung gestellt. 253.000 € wurden an Zuschüssen für Sonnenkollektoren und Photovoltaikanlagen ausbezahlt. Fazit: 517 Darlehensanträge lösten Investitionen von ca. 5 Mio. € aus. Bei den Photovoltaikanlagen konnten insgesamt 102 Anlagen mit Investitionen von ca. 3,8 Mio. € unterstützt werden. Aktivitäten der Umweltstation des Landkreises in Weismain, die am 16.07.1999 eröffnet wurde: Pro Jahr werden hier ca. 200 Kurse, Seminare und Fortbildungen für ca. 5000 Personen (zur Hälfte Kinder) durchgeführt. Die Themen für Schulklassen orientieren sich an den Lehrplänen. Seit mittlerweile drei Jahren ist im Sommerhalbjahr das Umweltmobil

unterwegs, bei dem die „Umweltbildung vor Ort“ mit praktischen Tätigkeiten verknüpft wird. Schwerpunktthema der Umweltstation ist auch die „Mobilität“. Dem Fahrrad als klimafreundliche Alternative zum Auto sind viele Aktionen gewidmet, wie die Radtage im Landkreis oder die Aktion „Vier Wochen umsteigen“.

Energieförderpreis

Da die Klimaschutzanstrengungen den nachfolgenden Generationen gelten, sollten diese auch in Form eines Ideenwettbewerbs mit einbezogen werden. So entstand 2005 auf Landkreisebene der Energieförderpreis. Als Ideenwettbewerb für Kinder und Jugendliche soll er junge Leute vor allem zum Nachdenken und nicht zuletzt zum konkreten Handeln anregen. Im Mittelpunkt stehen die 3 E's: Energie einsparen, effizient nutzen, erneuerbar erzeugen. Tolle Projekte, oft mit konkretem Bezug zu Schulen oder gemeindlichen Einrichtungen, wurden in den vergangenen Jahren ausgezeichnet. Heimische Firmen stellen als Sponsoren jedes Jahr bis zu 7.000 € als Preisgelder zur Verfügung.

Mitgliedschaft bei der Energieagentur Oberfranken

Der Landkreis ist Gründungsmitglied der Energieagentur Oberfranken e. V., die 1998 auf Initiative der oberfränkischen Landkreise als unabhängige Beratungseinrichtung in Energiefragen errichtet wurde. In den Jahren 2001 bis 2004 wurde das kommunale Energiemanagement für die landkreiseigenen Schulen überprüft. Durch energetische Untersuchungen konnten Schwachstellen der Gebäude aufgezeigt und konkrete Maßnahmen zur effizienten Energienutzung umgesetzt werden (z. B. Pelletsanlage Berufsschule).

Bürgerberatung

Im Rahmen der Mitgliedschaft bei der Energieagentur Oberfranken werden seit 2007 jährlich bis zu vier Beratungstermine angeboten. Aufgrund großer Nachfrage wurden ab 2009 weitere Energieberater der Innung für Sanitär, Heizung, Klima eingebunden. Die Bürgerberatung, eine 30-minütige Initialberatung, ist kostenlos.

Energieberatung durch das Umweltzentrum

Die Mitarbeiter des Umweltzentrums am Landratsamt informieren ganzjährig über Fördermodalitäten und geben Tipps für die Finanzierung. Eine eigene Homepage – www.lichtenfels-sonnentage.de – stellt aktuelle Veränderungen in der Förderlandschaft vor und bietet detaillierte Förderübersichten und Zuschussanträge.

„Lass die Sonne in dein Haus!“

Seit 2008 wird in Ergänzung zu den Lichtenfels Sonnentagen auch beim Aktionstag „Lass die Sonne in dein Haus!“ informiert. Viele Bürger, die sich mit den Themen Energieeinsparung, Energieeffizienz und erneuerbare Energien befassen, interessieren sich neben den Herstellerinformationen auch für Erfahrungsberichte aus der Praxis. Am Aktionstag laden Eigenheimbesitzer und Anlagenbetreiber zur Besichtigung ihrer Solaranlagen, Biomasseheizkraftwerke und Wärmepumpenanlagen ein.

Überregionale Aktionswochen/ Verleih Messgeräte

Seit Jahren nimmt der Landkreis an der bundesweiten Aktion „Woche der Sonne“ sowie der „Bayerischen Klimawoche“ mit Vorträgen und Ausstellungen teil. Er verleiht zur Ermittlung des Stromverbrauchs einzelner Haushaltsgeräte Messgeräte bis zu 14 Tage kostenlos an Privathaushalte.

Bürgersolaranlagen/ Photovoltaikanlagen

Der Landkreis stellt geeignete Dachflächen auf seinen Liegenschaften teilweise kostenfrei für Bürgersolaranlagen zur Verfügung.

Landratsamt Günzburg erhält ein Blockheizkraftwerk

Noch vor dem Reaktorunglück in Fukushima und damit auch vor der Proklamation der Energiewende durch die Bundesregierung hat der Landkreis Günzburg Anfang letzten Jahres beschlossen, ein Blockheizkraftwerk (BHKW) für seine Bestands-Verwaltungsgebäude einzubauen. Damit wurde eine der Vorgaben der Bundesregierung bereits vorweggenommen, durch dezentrale Stromerzeugung den Wegfall der Atomkraftwerke zu kompensieren. Die Kreisträte haben mit ihrer Entscheidung zum Einbau der BHKW-Anlage Weitsicht bewiesen und konsequent den Weg weiter beschritten, die kreiseigenen Liegenschaften für die Zukunft fit zu machen und dabei Energie und Haushaltsmittel einzusparen. Das gasbetriebene BHKW mit einer elektrischen Leistung von ca. 50 KW und einer thermischen Leistung von ca. 80 KW kostet ca. 246.000 € und bietet gleich mehrere Vorteile:

- Die Eigenstromerzeugung für die Grundlast spart bei steigenden Stromkosten erhebliche Kosten.
- Bei einem eventuellen Stromausfall wird das BHKW automatisch im Notstrommodus gefahren und versorgt die wichtigsten Einrichtungen des Amtes mit Strom, wie Katastrophbereich, EDV- und Serveranlagen. Damit bleibt das Amt auch bei längeren Stromausfällen handlungsfähig.



Leuchtturmprojekt „Green Hospital“

Der Ersatzneubau des Helmut-G.-Walther-Klinikums in Lichtenfels wurde vom Kreistag im Jahr 2009 mit überwältigender Mehrheit beschlossen. Der Baubeginn ist für 2012 geplant. Zusätzlich ist der Klinikneubau als Leuchtturmprojekt im Rahmen des Programms „Aufbruch Bayern“ im Jahr 2010 von der Bayerischen Staatsregierung ausgewählt worden, um als Klinik höchste ökologische Standards zu erfüllen und als landesweites Referenzprojekt zu dienen. Das Konzept „Green Hospital“ verbindet die Förderung notwendiger Baumaßnahmen im Krankenhaus mit innovativen, ökologischen Zielsetzungen und Maßnahmen zur Verbesserung der Aufenthaltsbedingungen der Menschen im Klinikum, ohne jedoch die ökonomischen Anforderungen zu vernachlässigen. Ressourcen und Umwelt sollen geschont, das Einsparpotential im energetischen Bereich ausgeschöpft, umweltfreundliche Materialien eingesetzt und eine angenehme, der Heilung förderliche und ökologisch unbedenkliche Umgebung geschaffen werden. Das Konzept betrifft somit grundsätzlich alle Bereiche eines Krankenhauses. Einbezogen werden alle Phasen von der Planung, über die Errichtung und Nutzung bis hin zu Abriss/Verwertung des Krankenhausesgebäudes.

Integriertes Klimaschutzkonzept

Aufgrund der Entscheidung des Kreisausschusses vom März 2011 wurde der Antrag auf Bezuschussung eines Integrierten Klimaschutzkonzeptes gestellt. Die Realisierung ist ab März 2012 geplant. Dann wird es Bestandteil des Kreisentwicklungskonzeptes Handlungsfeld „Energie und Umwelt“.
(LRA Lichtenfels)

- Entlastung der vorhandenen Heizanlagen und damit eine längere Standzeit der Anlagen.
- Zusätzlich zur BHKW-Anlage wird auch eine Kälteabsorptionsanlage eingebaut. Diese ermöglicht es, die im Sommer nicht benötigte Abwärme in Kälte umzuwandeln. Damit ist zum einen gewährleistet, dass das BHKW die erforderlichen ca. 6.000 Betriebsstunden im Jahr leistet, um wirtschaftlich zu sein. Zum Zweiten wird mit dieser Kälte auch das Nieder-

temperatursystem des Erweiterungsbaus bedient und im Sommer für eine angenehme Temperatur gesorgt.

„Mit der neuen BHKW-Anlage setzt der Landkreis ein weiteres Highlight in der langen Kette von Projekten zur Energieeinsparung bei seinen Liegenschaften und wird seiner Vorbildrolle gerecht“, betonte Landrat Hubert Hafner. (*LRA Günzburg*)

„Intelligente Energie – Europa“: Mobilisierung lokaler Investitionen

Im Februar veranstaltete die Exekutivagentur für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (Executive Agency for Competitiveness and Innovation, EACI) eine Konferenz, bei der die Projektentwicklungsunterstützung (Project Development Assistance, PDA) für das Programm „Mobilisierung lokaler nachhaltiger Energie-Investitionen“ (Mobilising Local Energy Investments, MLEI) im Rahmen des Programmes Intelligente Energie – Europa (Intelligent Energy Europe, IEE) erläutert wurde. MLEI PDA unterstützt Kommunen bei der Ausarbeitung von bankfähigen Projekten und der anschließenden Implementierung.

Fördervoraussetzungen

Auf Antrag von Kommunen sind die Modernisierung von Gebäuden (keine Neubauten), die Installation von erneuerbaren Energiequellen in/an Gebäuden, Fernwärme-Heizungen und Fernkühlung, energieeffiziente Straßenbeleuchtungen und „sauberer“ ÖPNV förderungsfähig. Zur Verfügung stehen für ganz Europa Fördermittel in Höhe von 32,5 Mio. €. Der Mindestfördersatz muss 400.000 € (in Konvergenzregionen 200.000 €) und das minimale Investitionsvolumen 6 Mio. € (in Konvergenzregionen 3 Mio. €) betragen.

Ablauf der Förderbeantragung

Förderanträge bestehen aus drei Teilen: Zunächst sind Online-Formulare mit den administrativen Daten und einer Zusammenfassung des Vorschlags auszufüllen. Anschließend muss eine ausführliche technische Beschreibung des Investitionsvorschlags und drittens bereits vorhandene Finanzierungspläne, Verträge, Unterstützungsschreiben und Dokumente mit für das Projekt relevanten Hintergrundinformationen (zur Region, Kommune, bisherige und aktuelle Problemfelder) angefügt werden.

Ablauf der Förderung

Nach der Beantragung der Fördermittel werden alle Projekte begutachtet und bis November 2012 über die Fördermittelvergabe entschieden. Anschließend folgen die Vertragsverhandlungen und Ausschreibungen, welche Ende des ersten Quartals 2013 abgeschlossen sein sollten, so dass schnellstmöglich danach mit der Projektumsetzung begonnen werden kann. Spätestens Ende 2014 sollen die Projekte abgeschlossen sein. Während der Umsetzung müssen regelmäßige Fortschrittsberichte geschrieben werden und nach Abschluss des Projekts sollen die Erfahrungen in Bezug auf die Umsetzung innerhalb der jeweils eigenen Netzwerke weitergegeben werden.

Weitere Informationen: Auf der Webseite der EACI sind die Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen unter http://ec.europa.eu/energy/intelligent/files/call_for_proposals/call_2012_de.pdf sowie in englischer Sprache detaillierte Informationen zum aktuellen Förderantragsverfahren unter http://ec.europa.eu/energy/intelligent/getting-funds/call-for-proposals/how-to-apply/index_en.htm eingestellt. Informationen zu den 2011 ausgewählten Projekten sind in englischer Sprache unter http://ec.europa.eu/energy/intelligent/files/press-releases/list_of_iee_projects_call_2011.pdf einsehbar. Anträge können in englischer Sprache online bis zum 8. Mai 2012, 17 Uhr unter https://www.epss-fp7.org/eaci-iee/welcome.jsp?CALL_ID=472&SUBSCHEME_ID=CIP-IEE-Promo-PDA eingereicht werden. (*ebbk*)

Rosinenpickerei privater Entsorger wird im Kreislaufwirtschaftsgesetz erschwert - Kommunen und VKU zum Ergebnis des Vermittlungsausschusses

Die kommunalen Spitzenverbände sowie der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) begrüßen die im Vermittlungsausschuss beschlossene Präzisierung der sogenannten Gleichwertigkeitsklausel im Kreislaufwirtschaftsgesetz.

„Damit ist die Möglichkeit verbessert worden, dass eine Rosinenpickerei privater Entsorgungsunternehmen erschwert bzw. sogar verhindert werden kann. Die Kommunen können somit weiterhin anfallende Wertstoffe verwerten und dem Stoffkreislauf wieder zuführen. So können die Gebühren für die Abfallentsorgung durch die erzielten Wertstoff Erlöse stabilisiert werden“, betonten die Präsidenten des Deutschen Städtetages, des Deutschen Landkreistages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Oberbürgermeister Christian Ude (München), Landrat Hans Jörg Duppré (Südwestpfalz) und Bürgermeister Roland Schäfer (Bergkamen) sowie des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU), Oberbürgermeister Stephan Weil (Hannover).

Durch die Einigung im Vermittlungsausschuss und den folgenden Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens werde Planungssicherheit für die Kommunen und die Entsorgungswirtschaft geschaffen. Dies sei die Basis, um die Abfallwirtschaft im Sinne von Bürgern und Umwelt weiterentwickeln zu können.

Der Bundesrat hatte den Vermittlungsausschuss allein mit dem Ziel angerufen, die sogenannte Gleichwertigkeitsklausel bei der gewerblichen Sammlung zu streichen. Die Frage nach den Regelungen zur gewerblichen Sammlung war im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens immer wieder Gegenstand vieler Diskussionen. Die Kommunen haben sich dafür eingesetzt, dass alle Abfälle aus Haushalten – außer Verpackungen – weiterhin überlassungspflichtig an die Kommunen bleiben, um dem Rosinenpicken privater Entsorger nicht Vorschub zu leisten.



Im Sinne der ökologischen Ziele ist es geboten, sich nun auf die Weiterentwicklung der Wertstoffeffassung zu konzentrieren. Die Ausgestaltung einer bürgerfreundlichen und nachhaltigen Wertstoffeffassung erfordert die Einbeziehung der Erfahrungen und der bestehenden Erfassungsstrukturen der Kommunen. Eine Vorfestlegung auf eine Wertstofftonne ist im abgeschlossenen Vermittlungsverfahren nicht erfolgt. Die Kommunen werden sich daher auch in die Erarbeitung eines Wertstoffgesetzes konstruktiv einbringen.

(Kommunale Spitzenverbände und VKU)

Europa

Kommission: Renteneintritt mit 75 Jahren?

Mitte Februar veröffentlichte die EU-Kommission das lang erwartete Weißbuch „Eine Agenda für angemessene, sichere und nachhaltige Pensionen und Renten“. Im Weißbuch unterbreitet die Kommission Vorschläge, wie EU-weit Ruhestandseinkommen in angemessener Höhe und damit älteren Menschen ein würdiger Lebensstandard und finanzielle Unabhängigkeit ermöglicht werden kann. Die Kommission kündigt im Weißbuch Maßnahmen an, um das Ruhestandsalter an die gestiegene Lebenserwartung zu koppeln, den Zugang zu Frühpensions- bzw. -rentensystemen einzuschränken sowie eine längere Lebensarbeitszeit zu fördern.

Berufsjahre und Ruhestandsjahre stärker in Balance bringen

Die erfreuliche Tendenz innerhalb der EU, dass Europäer immer älter werden und damit verbunden auch die Zahl der gesunden Lebensjahre gestiegen ist, wirkt sich auch auf die Renten- und Pensionssysteme in den einzelnen Mitgliedstaaten aus. So sinkt durch den demografischen Wandel (niedrigere Geburtenraten, abnehmende Zahl der „nachwachsenden“ Erwerbstätigen, steigende Zahl älterer Menschen im Ruhestand) das Beitragsvolumen bei gleichzeitig steigenden finanziellen Ruhestandsansprüchen. Derzeit verbringen EU-Bürger rund ein Drittel ihres Erwachsenenlebens im Ruhestand, diese Zeitperiode würde sich durch die steigende Lebenserwartung erhöhen. Die Möglichkeit eines vorzeitigen Ausstiegs aus dem Arbeitsleben, vor Erreichung des gesetzlichen Renteneintrittsalters, trägt ebenfalls dazu bei, das Ungleichgewicht zwischen Berufsjahren und Ruhestandsjahren zu verstärken. Das Regelpensions- bzw. -rentenalter beträgt in

Deutschland 65 Jahre für Männer und Frauen. Tatsächlich beenden Frauen im Durchschnitt mit 61,9 Jahren und Männer mit durchschnittlich 62,6 Jahren das Erwerbsleben. Die Kommission kündigt im Weißbuch deshalb an, das Ruhestandsalter für Frauen und Männer einander angleichen zu wollen, um das tatsächliche Renteneintrittsalter zu erhöhen. Einen konkreten Vorschlag zu einem künftigen Renteneintrittsalter macht die Kommission nicht, aber die Koppelung von Ruhestandsalter (in D: 65 Jahren) und der Lebenserwartung (in D: Lebenserwartung im Alter 65 Jahre beträgt + 17,8 Jahre für Männer und + 20,9 Jahre für Frauen) würde ein Renteneintrittsalter von 75 Jahren im Jahr 2040 nahelegen.

Ausbau der privaten Zusatz-Altersvorsorge

Die bspw. in Deutschland erworbenen Rentenansprüche aus der gesetzlichen Rentenversicherung werden aus Sicht der Kommission zur Deckung der finanziellen Bedürfnisse älterer Menschen alleine nicht ausreichen. Deshalb sollen ergänzende Altersvorsorgesysteme forciert werden. In diesem Zusammenhang will die Kommission 2012 einen Vorschlag zur Novellierung der Richtlinie über die Tätigkeit und die Beaufsichtigung von Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung vorlegen.

Weiterführende Informationen

Das Weißbuch „Eine Agenda für angemessene, sichere und nachhaltige Pensionen und Renten“ kann unter <http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=7341&languageId=de> eingesehen werden. (ebbk)



Besuch in Brüssel

Der Präsident des Bayerischen Landkreistags (v. l.) besucht mit Josef Mederer, Präsident des Bezirks Oberbayern, Landrat Roland Schwing, Miltenberg, Landrat Franz Meyer, Passau und Norbert Kraxenberger, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Verbandes der bayerischen Bezirke, das Europabüro der bayerischen Kommunen in Brüssel.

Hochrangige Gruppe um Ministerpräsident a. D. Dr. Edmund Stoiber veröffentlicht zweiten Bericht

Mit dem Ziel unnötige Verwaltungslasten für Unternehmen zu reduzieren, setzte die EU-Kommission im Rahmen ihres Aktionsprogrammes im Sommer 2007 eine Hochrangige Gruppe unabhängiger Interessenträger unter der Leitung des Bayerischen Ministerpräsidenten a. D. Dr. Edmund Stoiber ein. Unter Verwaltungslasten werden zusätzliche Kosten subsumiert, die aufgrund der rechtlichen Verpflichtungen zum Berichts- und Informationswesen für Unternehmen entstehen, die sie ohne diese Verpflichtung nicht erheben würden. Die Verwaltungslasten würden dabei nicht allein durch die Erfordernisse des EU-Rechts verursacht, sondern wären ebenfalls in einer ineffizienten nationalen Umsetzung begründet. Deshalb sollen bis zum Jahr 2012 mit EU-Rechtsvorschriften verbundene Verwaltungslasten und damit auch nationale

Maßnahmen zur Durchführung und Umsetzung dieser Vorschriften um 25 % verringert werden.

Ende Februar übergab der Vorsitzende der Hochrangigen Gruppe im Bereich Verwaltungslasten Dr. Edmund Stoiber den Bericht „Was Europa besser machen kann“ an EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso (P). Der Bericht führt aus, dass, würden alle Mitgliedstaaten die EU-Vorgaben so gut in nationale Gesetzgebung umsetzen, wie dies im effizientesten Land geschehen sei, die Verwaltungslasten um 40 Mrd. € reduziert werden könnten. Neben insgesamt 74 Beispielen für bewährte Praktiken auf regionaler und nationaler Ebene enthält der Bericht Handlungsempfehlungen sowie eine Checkliste für eine gute Umsetzung von EU-Recht. (ebbk)

Oberpfälzer Landräte stehen gemeinsam für gute nachbarschaftliche Beziehungen zu Westböhmen

Zufall oder nicht, auf den Tag genau 20 Jahre nach der Unterzeichnung des Vertrages über gute Nachbarschaft zwischen der damaligen Tschechoslowakei und Deutschland besuchten die Oberpfälzer Landräte den Bezirk Pilsen. Der Neustädter Landrat Simon Wittmann lud als Bezirksverbandsvorsitzender des Bayerischen Landkreistags seine Oberpfälzer Landratskollegen und die Regierungspräsidentin der Oberpfalz, Brigitta Brunner, nach Pilsen ein, um mit den Vertretern der tschechischen Regionsregierung über aktuelle Themen zu diskutieren.

Umfangreiche Tagesordnung

Nach der Begrüßung der deutschen Gäste durch den Regionspräsidenten Milan Chovanec und den Regions-Vizepräsidenten Ivo Grüner, der während des gesamten Aufenthalts der Landräte dabei war, ging es zügig weiter mit der umfangreichen Tagesordnung. Schwerpunktthemen waren vor allem die grenzüberschreitende Schienenverbindung, die Entwicklung der Europaregion Donau-Moldau, die Schaffung einer deutsch-tschechischen Internetplattform, die als Partnerschaftsregister für Kommunen und kleinere Organisationen dem gegenseitigen Austausch gemeinsamer Projekte dienen soll, das Projekt Kulturhauptstadt Pilsen 2015 und das gemeinsame Büro der IHK und der Wirtschaftskammern in Pilsen.

Freundschaftliche Beziehungen

Für Landrat Simon Wittmann stand aber auch die mittlerweile fast freundschaftliche Beziehung zwischen den Oberpfälzern und den Westböhmen im Vordergrund. Diese gilt es nach seiner Meinung unbedingt zu pflegen und weiter auszubauen. Regierungspräsidentin Brunner bedankte sich für die Einladung und freute sich über die anregenden Gespräche. Ihr war es ein besonderes Anliegen, dass beide Seiten alles unternehmen, um die Sprachbarriere zwischen Deutschen und Tschechen abzubauen. „Dies ist die zentrale Aufgabe und eine Herausforderung, die uns die nächsten Generationen begleiten wird“, so Brunner weiter. Dieser Auffassung konnten sich die tschechischen Gastgeber genauso wie die deutschen Gäste nur anschließen. Gemeinsam waren aber alle überzeugt, dass man auf dem richtigen Weg ist und regelmäßige Treffen für alle Beteiligten von großer Bedeutung sind.

Vertrag als Grundlage

Eine größere Veranstaltung, bei der insgesamt zehn Arbeitsgruppen Ergebnisse der Zusammenarbeit vorstellen werden, ist schon für den 21. und 22. Mai terminiert. Und auch dem Vertrag, auf den Landrat Wittmann eingangs Bezug nahm, wird Rechnung getragen. So heißt es in dem am 27. Februar 1992 von dem damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl,

Außenminister Hans-Dietrich Genscher, Staatspräsident Vaclav Havel und Außenminister Jiri Dienstbier unterschrieben Vertrag unter anderem: „Der Vertrag bildet die Grundlage der deutsch-tschechischen Beziehungen. Der Vertrag regelt eine Fülle von Fragen ... Er setzt den Rahmen für eine breit gefächerte Zusammenarbeit und sieht regelmäßige

Treffen auf Regierungsebene vor.“ Die deutschen Besucher bedankten sich für den herzlichen Empfang durch die Tschechen, der von einem kulturellen Begleitprogramm umrahmt wurde.
(LRA Neustadt a. d. Waldnaab)



v. l. Landrat Franz Löffler, Cham, Andrea Löffler, Peter Fuess, Reg/OPf., Elisabeth Wittmann, Landrat Simon Wittmann, Brigitte Liedtke, Šárka Kuthanová, Regionsvizepräsident Ivo Grüner, Landrat Richard Reisinger, Amberg-Sulzbach, Regierungspräsidentin Brigitta Brunner, Landrat Herbert Mirbeth, Regensburg, Landrat Volker Liedtke, Landrat Wolfgang Lippert, Tirschenreuth, Eva Forti, Dolmetscherin. (kno)

Haus der bayerischen Landkreise

Ausstellung „20 Jahre Gesamt-Deutscher Landkreistag“ beim Bayerischen Landkreistag

Ende Januar 2012 eröffnete der Präsident des Bayerischen Landkreistags Dr. Jakob Kreidl mit dem Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landkreistags Prof. Dr. Hans-Günter Henneke im „Haus der bayerischen Landkreise“ die Ausstellung „20 Jahre Gesamt-Deutscher Landkreistag“.

Nach dem Mauerfall prägten nicht nur die Fragen nach bürgerlicher und demokratischer Freiheit die politische Landschaft, sondern auch der Aufbau einer leistungsfähigen kommunalen Selbstverwaltung im Osten. Die Zahl der Landkreise erhöhte sich von 237 in den 8 westdeutschen Flächenländern um 189 in den 5 neuen Ländern auf insgesamt 426. „Da traf es sich

gut, dass der Deutsche Landkreistag knapp 10 Jahre nach der Einheit von Bonn nach Berlin in das repräsentative Gebäude im Lenné-Dreieck ziehen konnte“, so Präsident Dr. Jakob Kreidl.

Das Zusammenwachsen des gesamt-deutschen Landkreistags und die 8 Wirkstätten des Deutschen Landkreistags seit 1947 waren in der Ausstellung im „Haus der bayerischen Landkreise“ bis Mitte April zu besichtigen. Auf der Homepage des Deutschen Landkreistags (www.landkreistag.de/publikationen) kann die Schrift „20 Jahre Deutsche Einheit – 20 Jahre Gesamt-Deutscher Landkreistag“ (Band 95) heruntergeladen werden.



Der Präsident des Bayerischen Landkreistags Dr. Jakob Kreidl begrüßt seinen Vorgänger Theo Zellner, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, und Prof. Dr. Hans-Günter Henneke, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landkreistags.

Die Geschäftsführer der Landesverbände des Deutschen Landkreistags zu Gast im Haus der bayerischen Landkreise. Auch sie hatten die Gelegenheit, die Ausstellung „20 Jahre Gesamt-Deutscher Landkreistag“ zu besuchen.



Aus den Landkreisen

Das Bürgerservice-Zentrum des Landratsamts Fürstenfeldbruck feierte sein 10-jähriges Jubiläum

Seit der Eröffnung wurden insgesamt über 940.000 Kontakte zu Bürgerinnen und Bürgern gezählt. Rund 274.000 Personen sprachen wegen allgemeiner Auskünfte an der Besuchertheke vor. Das Servicetelefon nutzten in diesem Zeitraum über 200.000 Anruferinnen und Anrufer. Von der Möglichkeit des Informationsaustausches per E-Mail wurde in ca. 308.000 Fällen Gebrauch gemacht. Eine abschließende Sachbearbeitung in fachlichen Angelegenheiten erfolgte in rund 158.000 Fällen.

Die Bürgerinnen und Bürger haben in den vergangenen zehn Jahren die schnelle, kompetente und





Fotos: LRA Fürstfeldbruck

abschließende Sachbearbeitung zu erweiterten Öffnungszeiten, den "Service aus einer Hand", zunehmend schätzen gelernt. Diese positive Resonanz hat das Bürgerservice-Zentrum bereits nach kurzer Zeit über die Landkreisgrenzen hinaus bekannt gemacht und andere Behörden dazu ermutigt, ähnliche Einrichtungen zu schaffen. Auch in Zukunft wird die Kundenorientierung bei der Anpassung und Erweiterung des Serviceangebots oberste Priorität besitzen. (LRA Fürstfeldbruck)

„Lebensministerium vor Ort“: Staatsminister Dr. Marcel Huber im Dialog mit Landrat Thomas Karmasin

Im Rahmen der Gesprächsreihe „Lebensministerium vor Ort“ besuchte der Bayerische Staatsminister für Umwelt und Gesundheit, Dr. Marcel Huber, zusammen mit den Amtschefs sowie Abteilungsleitern des Ministeriums das Landratsamt Fürstfeldbruck. Begleitet wurden die Gäste von Regierungspräsident Christoph Hillenbrand. „Mit der Gesprächsreihe ‚Lebensministerium vor Ort‘ gehen wir neue Wege in der Zusammenarbeit mit den Kommunen. Sie sind wichtige Partner, um die großen Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen“, betonte Umweltminister Dr. Marcel Huber. Vor allem bei der Energiewende komme den Kommunen eine Schlüsselrolle zu. Huber: „Die Energiewende setzt auch auf dezentrale Energieversorgung vor Ort.“ „Den Dialog zwischen Verwaltung und der Politik an der Basis zu suchen, das ist wichtig und zugleich Wertschätzung für die Arbeit, die wir hier im Landkreis Fürstfeldbruck für die Mitbürgerinnen und Mitbürger leisten“, so Landrat Thomas Karmasin bei der Begrüßung.

Ziel der Veranstaltung war es, die Zusammenarbeit zwischen Ministerium und Landkreis in den Bereichen Umwelt und Gesundheit zu verstärken. Dazu unterzeichneten Staatsminister Dr. Marcel Huber und Landrat Thomas Karmasin eine „Zehn-Punkte-Agenda“.

Die Themenpalette des Dialogs und der Agenda reichten vom Klimaschutzkonzept über die Umsetzung der Energiewende, bis hin zu Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege und die damit verbundenen Förderungen. Ebenso waren Gesprächsthemen die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung im Landkreis Fürstfeldbruck und die Unterstützung des Präventionsprojektes „HaLT- Hart am Limit“ gegen Alkoholmissbrauch bei Jugendlichen. Zur Sprache kam auch die Entwicklung einer nachhaltigen Mobilität unter anderem im Öffentlichen Personennahverkehr, die als wichtiger Bestandteil und Beitrag zum Klimaschutz vom Ministerium begrüßt wird. (LRA Fürstfeldbruck)



Der Bayer. Staatsminister für Umwelt und Gesundheit Dr. Marcel Huber und Landrat Thomas Karmasin mit den Amtschefs und Abteilungsleitern des Ministeriums sowie der Bürgermeisterin und Bürgermeistern der Gemeinden, der Führungsebene der Kreisbehörde sowie die Vorstände der Kommunalunternehmen.
Foto: LRA FFB

Landkreis Nürnberger Land Mitglied im Verein „Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Kommunen in Bayern (AGFK Bayern)“

Der Landkreis Nürnberger Land ist – wie die Städte Lauf und Röthenbach – Gründungsmitglied des Vereins „Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Kommunen in Bayern (AGFK Bayern)“. „Ich freue mich über dieses neue Netzwerk zur Förderung der Fahrradfreundlichkeit. Denn insbesondere der Radverkehr ist ein wesentliches Element des Umweltschutzes in der Nahmobilität“, zeigte sich Landrat Armin Kroder nach der Gründungsversammlung des Vereins zufrieden.

Für die Findung eines Logos hat der Verein einen Wettbewerb ausgeschrieben. Das Logo soll vor allem die Förderung des Radverkehrs als wesentliches Ziel der Nahmobilität zum Ausdruck bringen, den Verein und seine Ziele repräsentieren. Weitere Informationen gibt es im Internet unter www.agfk-bayern.de.

Sechs Landkreise und 32 Städte haben sich im Mai des vergangenen Jahres zur „Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Kommunen in Bayern (AGFK Bayern)“ zusammengeschlossen. Seither unterstützen und begleiten das Bayerische Staatsministerium des Innern, der Bayerische Städtetag sowie der Gemeinde- und der Landkreistag die Initiative, die sich für die Förderung des Radverkehrs stark macht. In einer Gründungsversammlung am Freitag, 17. Februar, im

Erlanger Rathaus haben die Städte und Landkreise unter der Schirmherrschaft von Bayerns Innenminister Joachim Herrmann einen eingetragenen Verein gegründet und eine Vorstandschaft gewählt. Die Geschäftsführung des Vereins liegt bei der Stadt Erlangen. (LRA Nürnberger Land)



Die Teilnehmer der Gründungsversammlung des Vereins „Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Kommunen in Bayern (AGFK Bayern)“; Foto: Böhner

Geopark entwickelt sich rasant

Ausgewiesene Wanderwege und Radwege, Gruppenführungen und offene Führungsangebote – der Geopark Ries nimmt die Entwicklung und Förderung von Geotourismus sehr ernst. Darum hat er in den vergangenen Jahren eine ganze Reihe von „Produkten“ entwickelt, um die Region nachhaltig zu erschließen und die erdgeschichtlichen und landschaftlichen Zusammenhänge zu vermitteln.

Interessante und attraktive Angebote einerseits, das passende Marketing auf der anderen Seite – die Geschäftsstelle des Nationalen Geoparks Ries verzeichnet jedenfalls eine steigende Nachfrage bei den Kunden. Vor allem Bürger aus dem Landkreis Donau-Ries und dem benachbarten Ostalbkreis zeigen großes Interesse an den verschiedenen Angeboten des Geoparks, zudem gibt es immer öfter Nachfragen von Vereinen und sonstigen Besuchergruppen. (LRA Donau-Ries)



Immer mehr Radler und Wanderer nutzen das vielfältige Angebot und sind auf den vom Geopark Ries ausgewiesenen Wegen unterwegs. (Foto: LRA Donau-Ries)

Personalien



Hans-Joachim Weirather ist am 22. April 2012 als Landrat des Landkreises Unterallgäu mit 62,3 % der Stimmen bestätigt worden. Hans-Joachim Weirather ist seit 2006 Landrat des Landkreises Unterallgäu. Beim Bayerischen Landkreistag wirkt er u. a. mit im Ausschuss für Landesentwicklung und Umweltfragen. Er vertritt den Bayerischen Landkreistag als Stellvertreter im Hauptausschuss der Bayerischen Krankenhausgesellschaft und im Auswahlausschuss für den Umweltpreis der Bayerischen Landesstiftung.

Dr. Jürgen Ludwig ist ab 1. Mai 2012 Landrat des Landkreises Ansbach. Er wurde als Kandidat der CSU am 25. März 2012 mit 60,3 % in der Stichwahl gewählt.



Landrat **Hansjörg Christmann** feiert am 20. Mai 2012 den 65. Geburtstag. Hansjörg Christmann ist seit 1977 Landrat des Landkreises Dachau. Beim Bayerischen Landkreistag wirkt er u. a. mit im Landesausschuss und im Ausschuss für Finanz- und Sparkassenfragen. Er vertritt den Bayerischen Landkreistag im Verwaltungsrat der Versicherungskammer Bayern. Hansjörg Christmann ist Träger des Bundesverdienstkreuzes 1. Klasse, des Bayerischen Verdienstordens, der Kommunalen Verdienstmedaille in Gold und der Bayerischen Verfassungsmedaille in Gold.

Wir gratulieren herzlich

Soweit bei Redaktionsschluss bekannt, feiern folgende Kreisrätinnen und Kreisräte im **April, Mai** und **Juni 2012** runde Geburtstage:

Oberbayern

April

Kreisrat Paul Brauner aus Wolfratshausen im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen vollendete am 1.4.2012 das 70. Lebensjahr.

Den 65. Geburtstag feierte Kreisrat und Bürgermeister Hans Sappl aus Egling, Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen, am 22.4.2012.

Am 23.4.2012 wurde Kreisrat Klaus Bauregger aus Schneizlreuth im Landkreis Berchtesgadener Land 65 Jahre alt.

Im Landkreis Ebersberg feierte Kreisrat Franz Finauer aus Anzing am 26.4.2012 den 60. Geburtstag.

Kreisrätin Renate Will aus Baldham im Landkreis Ebersberg vollendete am 27.4.2012 das 65. Lebensjahr.

Den 50. Geburtstag feierte Kreisrat Manfred Slawny aus Taufkirchen, Landkreis Erding, am 18.4.2012.

Kreisrätin Ingrid Funke aus Neufahrn im Landkreis Freising wurde am 28.4.2012 65 Jahre alt.

Am 7.4.2012 vollendete Kreisrat Gerald Tretter aus Bad Kohlgrub, Landkreis Garmisch-Partenkirchen, das 60. Lebensjahr.

Den 65. Geburtstag feierte Kreisrätin Ute Lauterfeld im Landkreis Landsberg a. Lech am 1.4.2012.

Ebenfalls im Landkreis Landsberg a. Lech wurde Kreisrat Herbert Szubert am 1.4.2012 65 Jahre alt.

Kreisrat Martin Walch aus Kreuth im Landkreis Miesbach vollendete am 15.4.2012 das 60. Lebensjahr.

Am 12.4.2012 wurde Kreisrat Werner Gartner aus Wasserburg am Inn, Landkreis Rosenheim, 60 Jahre alt.

Im Landkreis Starnberg feierte Kreisrat Dr. Paul-A. Schroeteler aus Tutzing am 3.4.2012 den 80. Geburtstag.

Das 65. Lebensjahr vollendete Kreisrat Fritz Wauthier aus Gilching im Landkreis Starnberg am 20.4.2012.

Mai

Kreisrat Helmut Bruckner aus Marktl, Landkreis Altötting, wird am 20.5.2012 65 Jahre alt.

Ebenfalls aus Marktl im Landkreis Altötting wird Kreisrat Günter Völker am 5.5.2012 65 Jahre alt.

Am 11.5.2012 feiert Kreisrat Prof. Dr. Matthias Richter-Turtur aus Münsing im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen den 65. Geburtstag.

Das 65. Lebensjahr vollendet Kreisrat und Erster Bürgermeister Hans Mödl aus Wettstetten, Landkreis Eichstätt, am 12.5.2012.

Kreisrätin Hannelore Seeger aus Moosinning im Landkreis Erding wird am 10.5.2012 60 Jahre alt.

Den 50. Geburtstag feiert Kreisrätin Michaela Meister aus Dorfen im Landkreis Erding am 22.5.2012.

Im Landkreis Landsberg a. Lech vollendet Kreisrätin Ruth Sobotta am 1.5.2012 das 75. Lebensjahr.

Am 2.5.2012 wird Kreisrätin Ulla Kurz, Landkreis Landsberg a. Lech, 60 Jahre alt.

Ebenfalls im Landkreis Landsberg a. Lech feiert Kreisrat Georg Wegele am 30.5.2012 den 60. Geburtstag.

Kreisrat Alois Fichtner aus Bad Wiessee im Landkreis Miesbach wird am 10.5.2012 70. Jahre alt.

Das 65. Lebensjahr vollendet Kreisrat Michael Pelzer aus Weyarn, Landkreis Miesbach, am 19.5.2012.

Am 29.5.2012 wird Kreisrätin Helga Leibold aus Garching im Landkreis München 65 Jahre alt.

Kreisrat Michael Kettner aus Neuburg a. d. Donau, Landkreis Neuburg-Schrobenhausen, feiert am 16.5.2012 den 60. Geburtstag.

Im Landkreis Rosenheim wird Kreisrat und Erster Bürgermeister Michael Kölbl aus Wasserburg am Inn am 19.5.2012 50 Jahre alt.

Kreisrätin Brigitte Vermeulen aus Inning im Landkreis Starnberg vollendet am 6.5.2012 das 60. Lebensjahr.

Juni

Kreisrat Bartl Mittner aus Berchtesgaden im Landkreis Berchtesgadener Land wird am 7.6.2012 65 Jahre alt.

Im Landkreis Dachau vollendet Kreisrat Hans-Peter Posch aus Markt Indersdorf am 12.6.2012 das 50. Lebensjahr.

Kreisrat Georg Weigl aus Markt Indersdorf im

Landkreis Dachau wird am 23.6.2012 60 Jahre alt.

Am 11.6.2012 vollendet Kreisrat Max Obermeyer aus Großmehring im Landkreis Eichstätt das 65. Lebensjahr.

Im Landkreis Erding feiert Kreisrätin Ulla Dieckmann aus Wörth-Hörlkofen am 4.6.2012 den 50. Geburtstag.

Kreisrat Anton Neumaier aus Moosburg, Landkreis Freising, wird am 22.6.2012 60 Jahre alt.

Den 60. Geburtstag feiert Kreisrätin und Bürgermeisterin Brigitte Niedermeier aus Attenkirchen, Landkreis Freising, am 25.6.2012.

Das 65. Lebensjahr vollendet Kreisrat Dr. Hans-Joachim Lutz aus Germering im Landkreis Fürstentfeldbruck am 15.6.2012.

Kreisrätin Theodolinde Kreuzmair aus Germering im Landkreis Fürstentfeldbruck wird am 24.6.2012 70 Jahre alt.

Am 16.6.2012 vollendet Kreisrat Peter Huber aus Schwindegg im Landkreis Mühldorf a. Inn das 60. Lebensjahr.

Den 75. Geburtstag feiert Kreisrat Rudolf Berghammer aus Neumarkt-St. Veit im Landkreis Mühldorf a. Inn am 4.6.2012.

Kreisrätin und Erste Bürgermeisterin Marianne Steindlmüller aus Frasdorf, Landkreis Rosenheim, wird am 22.6.2012 60 Jahre alt.

Das 50. Lebensjahr vollendet Kreisrätin Elisabeth Huber aus Wasserburg a. Inn im Landkreis Rosenheim am 30.6.2012.

Niederbayern

April

Kreisrat und Stellvertreter des Landrats Josef Färber aus Außenzell im Landkreis Deggendorf vollendete am 20.4.2012 das 65. Lebensjahr.

Mai

Im Landkreis Rottal-Inn feiert Kreisrat Albert Madl aus Simbach a. Inn am 28.5.2012 den 50. Geburtstag.

Juni

Kreisrat Johann Siedersberger aus Niederalteich im Landkreis Deggendorf wird am 9.6.2012 65 Jahre alt.

Am 14.6.2012 vollendet Kreisrat Jürgen Stadler aus Landau, Landkreis Dingolfing-Landau, das 60. Lebensjahr.

Den 50. Geburtstag feiert Kreisrat Hans Brennsteiner aus Moosthenning im Landkreis Dingolfing-Landau am 10.6.2012.

Kreisrat Max Lechner aus Vilshofen a. d. Donau im Landkreis Passau wird am 5.6.2012 60 Jahre alt.

Ebenfalls im Landkreis Passau vollendet Kreisrat Georg Krenn aus Vilshofen a. d. Donau am 21.6.2012 das 60. Lebensjahr.

Am 18.6.2012 wird Kreisrat und Erster Bürgermeister Georg Riedl aus Pfarrkirchen, Landkreis Rottal-Inn, 65 Jahre alt.

Den 65. Geburtstag feiert Kreisrat Manfred Meindl aus Bogen im Landkreis Straubing-Bogen am 25.6.2012.

Oberpfalz

April

Am 20.4.2012 wurde Kreisrat Alfred Wittmann aus Roding im Landkreis Cham 60 Jahre alt.

Kreisrat Albert Deß, MdEP, aus Neumarkt, Landkreis Neumarkt i. d. OPf., vollendete am 17.4.2012 das 65. Lebensjahr.

Den 60. Geburtstag feierte Kreisrat Josef Weinmann aus Zeitlarn im Landkreis Regensburg am 7.4.2012.

Im Landkreis Regensburg wurde Kreisrat Hans Rösch aus Wiesent am 14.4.2012 65 Jahre alt.

Das 65. Lebensjahr vollendete Kreisrat Wilfried Neuber aus Oberviechtach im Landkreis Schwandorf am 15.4.2012.

Am 4.4.2012 feierte Kreisrat und Stellvertretender Bürgermeister Karl-Heinz Ernstberger aus Mitterteich im Landkreis Tirschenreuth den 65. Geburtstag.

Mai

Kreisrat und Bürgermeister Ludwig Klement aus Zandt im Landkreis Cham vollendet am 23.5.2012 das 60. Lebensjahr.

Am 23.5.2012 wird Kreisrat Ludwig Bayer aus Neustadt a. d. Waldnaab im gleichnamigen Landkreis 65 Jahre alt.

Im Landkreis Regensburg feiert Kreisrat Philipp Graf von und zu Lerchenfeld, MdL, aus Köfering am 25.5.2012 den 60. Geburtstag.

Kreisrätin Maria-Anna Schieder aus Wernberg-Köblitz im Landkreis Schwandorf wird am 23.5.2012 50 Jahre alt.

Den 65. Geburtstag feiert Kreisrat Detlef Richter aus Maxhütte-Haidhof im Landkreis Schwandorf am 24.5.2012.

Das 60. Lebensjahr vollendet Kreisrat Helmut Plommer aus Waldsassen im Landkreis Tirschenreuth am 7.5.2012.

Juni

Kreisrat Franz Graf aus Berggau, Landkreis Neumarkt i. d. OPf., wird am 21.6.2012 70 Jahre alt.

Im Landkreis Neustadt a. d. Waldnaab feiert Kreisrat Erich Schieder aus Floß am 20.6.2012 den 70. Geburtstag.

Am 23.6.2012 vollendet Kreisrätin Elisabeth Regensburger aus Barbing im Landkreis Regensburg das 60. Lebensjahr.

Oberfranken

April

Im Landkreis Bamberg wurde Kreisrätin Gudrun Stöbel aus Baunach am 8.4.2012 65 Jahre alt.

Kreisrätin Christa Bauer aus Pegnitz im Landkreis Bayreuth feierte am 27.4.2012 den 60. Geburtstag.

Das 60. Lebensjahr vollendete Kreisrat Gerold Strobel aus Bad Rodach im Landkreis Coburg am 29.4.2012.

Ebenfalls im Landkreis Coburg wurde Kreisrat Martin Stingl aus Neustadt am 26.4.2012 50 Jahre alt.

Den 65. Geburtstag feierte Kreisrat Hermann Lang aus Naila im Landkreis Hof am 15.4.2012.

Kreisrat Alfons Deuber aus Weismain, Landkreis Lichtenfels, vollendete am 10.4.2012 das 60. Lebensjahr.

Mai

Den 65. Geburtstag feiert Kreisrat Andreas Schlund aus Hirschaid-Friesen im Landkreis Bamberg am 27.5.2012.

Im Landkreis Forchheim vollendet Kreisrat Dr. Peter Morys aus Ebermannstadt am 11.5.2012 das 60. Lebensjahr.

Am 12.5.2012 wird Kreisrat Dr. Heinz Köhler aus Mitwitz, Landkreis Kronach, 70 Jahre alt.

Kreisrat Walter Mackert aus Bad Staffelstein im Landkreis Lichtenfels feiert am 16.5.2012 den 65. Geburtstag.

Das 60. Lebensjahr vollendet Kreisrat Jürgen Vonbrunn aus Burgkunstadt im Landkreis Lichtenfels am 2.5.2012.

Juni

Den 50. Geburtstag feiert Kreisrätin Helga Bieberstein aus Strullendorf im Landkreis Bamberg am 25.6.2012.

Kreisrat Werner Kaniewski aus Glashütten im Landkreis Bayreuth wird am 6.6.2012 60 Jahre alt.

Am 6.6.2012 vollendet Kreisrat Hermann Fraas aus Schauenstein, Landkreis Hof, das 75. Lebensjahr.

Im Landkreis Wunsiedel i. Fichtelgebirge wird Kreisrat Manfred Schilm aus Selb am 25.6.2012 60 Jahre alt.

Ebenfalls im Landkreis Wunsiedel i. Fichtelgebirge feiert Kreisrat Konrad Scharnagl aus Wunsiedel am 8.6.2012 den 65. Geburtstag.

Mittelfranken

April

Kreisrat Hans Emmert aus Weihenzell im Landkreis Ansbach wurde am 17.4.2012 60 Jahre alt.

Im Landkreis Erlangen-Höchstadt vollendete Kreisrat Paul Neudörfer aus Höchstadt a. d. Aisch am 28.4.2012 das 65. Lebensjahr.

Am 9.4.2012 feierte Kreisrätin Veronika Nette aus Burghann, Landkreis Nürnberger Land, den 70. Geburtstag.

Das 60. Lebensjahr vollendete Kreisrätin Dr. Hannedore Nowotny aus Roth im gleichnamigen Landkreis am 6.4.2012.

Kreisrat Alfred Forster aus St. Veit im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen wurde am 4.4.2012 70 Jahre alt.

Mai

Im Landkreis Erlangen-Höchstadt vollendet Kreisrat Andreas Hänjes aus Höchstadt a. d. Aisch am 2.5.2012 das 50. Lebensjahr.

Am 11.5.2012 wird Kreisrat Erich Ammon aus Langenzenn im Landkreis Fürth 60 Jahre alt.

Den 70. Geburtstag feiert Kreisrat Gert Kohl aus Zirndorf im Landkreis Fürth am 12.5.2012.

Das 50. Lebensjahr vollendet Kreisrat Dr. Peter Herzner aus Pleinfeld, Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen, am 31.5.2012.

Kreisrat Josef Dengler aus Raitenbuch im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen wird am 21.5.2012 60 Jahre alt.

Juni

Am 17.6.2012 feiert Kreisrat Bernd Pawelke aus Hersbruck im Landkreis Nürnberger Land den 65. Geburtstag.

Im Landkreis Roth wird Kreisrat Ernst Schuster aus Thalmässing am 10.6.2012 60 Jahre alt.

Das 60. Lebensjahr vollendet Kreisrätin Dorle Schäfer

aus Wendelstein im Landkreis Roth am 17.6.2012.

Ebenfalls im Landkreis Roth feiert Kreisrätin Christine Rodarius aus Hilpoltstein am 17.6.2012 den 60. Geburtstag.

Kreisrat Bernhard Amend aus Weißenburg im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen wird am 1.6.2012 60 Jahre alt.

Unterfranken

April

Kreisrätin Angelika Krebs aus Kleinkahl im Landkreis Aschaffenburg wurde am 5.4.2012 50 Jahre alt.

Im Landkreis Aschaffenburg vollendete Kreisrat Hubert Friedrich aus Großostheim am 25.4.2012 das 60. Lebensjahr.

Am 19.4.2012 wurde Kreisrätin Eva Göller aus Zeil a. Main im Landkreis Haßberge 60 Jahre alt.

Den 50. Geburtstag feierte Kreisrätin Andrea Hamberger aus Marktheidenfeld, Landkreis Main-Spessart, am 12.4.2012.

Kreisrätin Emma Fichtl aus Dorfprozelten im Landkreis Miltenberg wurde am 2.4.2012 65 Jahre alt.

Ebenfalls im Landkreis Miltenberg feierte Kreisrätin Birgit Hotz aus Mömlingen am 29.4.2012 den 60. Geburtstag.

Mai

Kreisrat Willi Schütz aus Sand a. Main im Landkreis Haßberge wird am 27.5.2012 80 Jahre alt.

Den 60. Geburtstag feiert Kreisrat Josef Mend aus Iphofen im Landkreis Kitzingen am 24.5.2012.

Ebenfalls im Landkreis Kitzingen vollendet Kreisrätin Leopa Mück aus Iphofen am 4.5.2012 das 65. Lebensjahr.

Am 3.5.2012 wird Kreisrat und Stellvertreter des Landrats Harald Schneider aus Karlstadt im Landkreis Main-Spessart 60 Jahre alt.

Kreisrat Edwin Lieb aus Mömlingen, Landkreis Miltenberg, feiert am 29.5.2012 den 60. Geburtstag.

Das 65. Lebensjahr vollendet Kreisrat Dr. Wulf Hilmers aus Gerolzhofen im Landkreis Schweinfurt am 7.5.2012.

Im Landkreis Würzburg wird Kreisrat Uwe Klüpfel aus Leinach am 27.5.2012 50 Jahre alt.

Juni

Im Landkreis Bad Kissingen vollendet Kreisrat Hans-Dieter Scherpf aus Hammelburg am 17.6.2012 das 65.

Lebensjahr.

Am 11.6.2012 wird Kreisrat Günter Freß aus Maroldsweisach im Landkreis Haßberge 70 Jahre alt.

Kreisrätin Helene Rümer aus Haßfurt-Prappach im Landkreis Haßberge feiert am 27.6.2012 den 60. Geburtstag.

Im Landkreis Main-Spessart wird Kreisrat Walter Heußlein aus Birkenfeld am 3.6.2012 60 Jahre alt.

Den 70. Geburtstag feiert Kreisrat Heinz Mehrlich aus Partenstein im Landkreis Main-Spessart am 18.6.2012.

Das 70. Lebensjahr vollendet Kreisrat Wolfgang Zöllner aus Obernburg a. Main, Landkreis Miltenberg, am 18.6.2012.

Kreisrat Dr. Peter Rost aus Randersacker im Landkreis Würzburg wird am 3.6.2012 70 Jahre alt.

Ebenfalls im Landkreis Würzburg feiert Kreisrat Alfred Endres aus Waldbüttelbrunn am 13.6.2012 den 60. Geburtstag.

Schwaben

April

Im Landkreis Augsburg feierte Kreisrat Dieter Gerstmayr aus Biberbach am 26.4.2012 den 70. Geburtstag.

Am 11.4.2012 wurde Kreisrat Andreas Gerstmeier aus Aislingen im Landkreis Dillingen a. d. Donau 65 Jahre alt.

Kreisrat Leo Meier aus Rain im Landkreis Donau-Ries feierte am 24.4.2012 den 60. Geburtstag.

Den 65. Geburtstag feierte Kreisrat und Erster Bürgermeister Walter Grath aus Oberstaufen im Landkreis Oberallgäu am 6.4.2012.

Das 50. Lebensjahr vollendete Kreisrat Hans-Peter Rauch aus Waltenhofen im Landkreis Oberallgäu am 21.4.2012.

Mai

Im Landkreis Augsburg wird Kreisrat Stefan Steinbacher aus Dinkelscherben am 6.5.2012 60 Jahre alt.

Am 30.5.2012 feiert Kreisrätin Marlies Fasching aus Thierhaupten im Landkreis Augsburg den 50. Geburtstag.

Kreisrat Dr. Dr. Wilhelm Röhl aus Dillingen a. d. Donau im gleichnamigen Landkreis vollendet am 18.5.2012 das 82. Lebensjahr.

Den 60. Geburtstag feiert Kreisrat Helmut Beyschlag aus Nördlingen im Landkreis Donau-Ries am 16.5.2012.

Das 65. Lebensjahr vollendet Kreisrat Willi Riedel aus Leipheim im Landkreis Günzburg am 31.5.2012.

Am 18.5.2012 wird Kreisrat Franz Brenner aus Senden im Landkreis Neu-Ulm 65 Jahre alt.

Kreisrat Rudolf Zündt aus Roßhaupten im Landkreis Ostallgäu feiert am 22.5.2012 den 75. Geburtstag.

Im Landkreis Ostallgäu vollendet Kreisrat und Bürgermeister Karl Fischer aus Oberostendorf am 6.5.2012 das 70. Lebensjahr.

Juni

Am 12.6.2012 wird Kreisrätin Angela Feßler aus Heimenkirch im Landkreis Lindau (Bodensee) 65 Jahre alt.

Kreisrat Franz-Clemens Brechtel aus Vöhringen, Landkreis Neu-Ulm, vollendet am 24.6.2012 das 60. Lebensjahr.

Ebenfalls im Landkreis Neu-Ulm wird Kreisrat Roland Bürzle aus Bellenberg am 30.6.2012 65 Jahre alt.

Den 70. Geburtstag feiert Kreisrat Dr. Hellmut Holzgraefe aus Nersingen, Landkreis Neu-Ulm, am 30.6.2012.

Der Bayerische Landkreistag ist einer der vier kommunalen Spitzenverbände in Bayern.

Neben dem Bayerischen Landkreistag sind dies der Bayerische Gemeindetag, der Bayerische Städtetag und der Verband der bayerischen Bezirke. Die 71 bayerischen Landkreise haben sich freiwillig zu diesem kommunalen Spitzenverband zusammengeschlossen, der gleichzeitig eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Dienstherreneigenschaft ist. Wesentliches Ziel des Bayerischen Landkreistags ist es, die kommunale Selbstverwaltung auf der Kreisebene zu sichern und zu stärken: Nach außen, insbesondere gegenüber dem Gesetzgeber und den Ministerien, werden die gemeinsamen Interessen der bayerischen Landkreise vertreten, nach innen werden die Mitglieder informiert und beraten.



Bayerischer Landkreistag - Kardinal-Döpfner-Straße 8 - 80333 München
Telefon: +49 (0) 89/286615-0 - Telefax: +49 (0) 89/282821
info@bay-landkreistag.de - www.bay-landkreistag.de

*Für den Inhalt verantwortlich: Johannes Reile
Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Landkreistags
Druck: Sebastian Weiss OHG - 94469 Deggendorf*